MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Mach' meinen Kumpel nicht an!

LEBEN IN VIELFALT VERMITTELN

MENSCHENVERACHTENDEN WELTBILDERN ENTGEGENTRETEN

Tagungsdokumentation, 16./17. Oktober 2015

Impressum

Herausgeber:
Mach‘ meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193
Fax: 0211 / 43 01-134

E-Mail: info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

V.i.S.d.P.:
Giovanni Pollice

Redaktion:
Dr. Klaudia Tietze

Fotos:
Martin Sieber, Kumpelverein

© Mach‘ meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Düsseldorf, Dezember 2015

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Inhaltsverzeichnis

05 **Vorwort**
Giovanni Pollice, Holger Vermeer

Vortrag

06 **Sehnsucht nach Eindeutigkeit – Motive kulturrassistischer Bewegungen und Gegenstrategien kritischer politischer Bildung**
Prof. Dr. Astrid Messerschmidt

12 **Diskussionsbericht des Moderators**
Marco Jelic

Workshop 1: „Fußball“ als Agitationsfeld rechter Fußballfans

13 **Inputreferat: Der Einfluss der extremen Rechten auf die Fußballfankultur**
Mark Haarfeldt

16 **Diskussionsbericht des Moderators**
Kai Venohr

Workshop 2: Unter Druck! Zwischen Salafismus und antimuslimischem Rassismus

17 **Inputreferat: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Jugendkulturen – Zwischen Rechtsextremismus, muslimenfeindlichen Rassismus und Islamismus**
Dr. Kemal Bozay

25 **Diskussionsbericht der Moderatorin**
Lisa Schmerl

Workshop 3: „Wir sind das Volk!“ – Neue Protestformen von unten

26 **Inputreferat: Woher kommt und wohin geht Pegida?**
Felix Korsch

29 **Diskussionsbericht des Moderators**
Sebastian Ramnitz

30 **Schlusswort**
Dr. Klaudia Tietze

Carsten Burkhardt (Mitglied des IG BAU Bundesvorstandes)

Vorwort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit dem Abschluss des ersten Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und Italien vor 60 Jahre hat sich die Gesellschaft in Deutschland sehr verändert. Die Globalisierung und der stetige Vereinigungsprozess der Europäischen Union sind weitere Faktoren, die ein gleichberechtigtes Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und Nationalitäten erfordern. Gegen gesellschaftliche Pro-jekte der Vielfalt erstarken in letzter Zeit politische Strömungen mit rassistischen und diskriminierenden Einstellungen. Diese begreifen sich als Gegenmodell, um Grenzen auf der Grundlage von Nationalität, Religion oder Kultur zu schaffen. Ein Leben in Vielfalt lehnen sie kategorisch ab. Mit großer Sorge beobachten wir die Gefahren, die von solcher Strömungen ausgehen. Rassistische Parolen finden den Weg auch in die Tagespresse und die Akzeptanz in der Bevölkerung für scheinbare Alternativen wächst. Diesen Entwicklungen müssen wir entschlossen entgegentreten.

Die Auswirkungen falscher politischen Weichenstellungen werden in Deutschland immer sichtbarer. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft bröckelt zusehend, und das Vertrauen in die Politik schwindet.

Zusammen mit den Gewerkschaften fordern wir als Kumpelverein seit langem einen Paradigmenwechsel in der Politik. Wir haben Ideen und Konzepte für ein solidarisches und gerechtes Miteinander, für besseres Leben und gute Arbeit.

In der IG BAU-Bildungsstätte in Steinbach haben wir gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen über die Herausforderung „Leben in Vielfalt vermitteln. Menschenverachtenden Weltbildern entgegentreten“ beraten und diskutiert. Die Fachvorträge der teilnehmenden Expertinnen und Experten sowie die Ergebnisse der Workshops haben wir in dieser Dokumentation zusammengefasst. Mit dieser Broschüre möchten wir Euch als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Betriebsrätinnen und Betriebsräte, als engagierten Bürgerinnen und Bürgern bei Eurer täglichen Arbeit für Gleichbehandlung gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Betrieb und Gesellschaft unterstützen.

Giovanni Pollice
Vorsitzender

Holger Vermeer
Stellv. Vorsitzender

Vortrag

Sehnsucht nach Eindeutigkeit – Motive kulturrassistischer Bewegungen und Gegenstrategien kritischer politischer Bildung

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt

Ausgehend von einem migrationsgesellschaftlichen Selbstverständnis skizziert der Vortrag Praktiken des Fremdmachens und abwertende Unterscheidungsmuster, die dazu dienen, den Raum der gesellschaftlichen Zugehörigkeiten nationalistisch zu verengen. Weil kulturelle Identitätsbehauptungen gegenwärtig an Popularität gewonnen haben, gibt der Text Einblicke in die Auseinandersetzung mit Kulturrassismus und regt eine kritische Auseinandersetzung mit dessen Erscheinungsformen an.

Zugehörigkeitsordnungen und Unterscheidungspraktiken

- Fremdmacher: Kultur, Nation, Religion, Sprache, Hautfarbe
- Verspätete Beachtung und Anerkennung der Migrationstatsache in der BRD und der DDR – und nach 1990
- Kritik des Abstammungsdispositivs (Messerschmidt 2015) – Vereindeutigung nationaler Zugehörigkeit durch die Betonung genetischer Herkunft
- „Wer ist Wir?“ (Navid Kermani 2009) Kulturalisierung als nationales othering
- „Migrationshintergrund“ als dauerhafte othering-Markierung
- Konzept der „natio-ethno-kulturellen Mehrfachzugehörigkeiten“ (Paul Mecheril 2004)
- „ohne Angst verschieden sein“ (Adorno 1951) – Selbstreflexion gegen die „Wut auf die Differenz“ (Horkheimer/Adorno 1947)

Durch Migrationen werden die nationalen Ordnungen der Zugehörigkeit in Bewegung gebracht. Die Abwehr dagegen ist gesellschaftlich ausgeprägt, der Wunsch an einem abstammungsorientierten homogenen Konzept von gemeinschaftsbildender Nationalstaatlichkeit festzuhalten, hat sich zumindest in Deutschland nicht erledigt. National-rassistische Denkmuster einerseits und Erfahrungen mit der Aufarbeitung der damit verbundenen Verbrechen andererseits haben Einfluss auf nationale Selbstbilder in der bundesdeutschen Gegenwart. Die antisemitische und rassistische NS-Gemeinschaftsideologie wirkt nach, wenn nationale Herkunft und Verwandtschaft über gesellschaftliche Zugehörigkeit entscheidet, worin das deutsche Abstammungsdispositiv zur Geltung kommt. Damit bezeichne ich die machtvolle Überzeugung, dass Deutsche(r) letztlich nur sein kann, wer einer deutschen Familie entsprungen ist, die keinerlei „fremde“ Wurzeln aufweist und einem bestimmten nordeuropäischen Phänotyp entspricht. In Anlehnung an Deleuze und Foucault (vgl. Deleuze 1991; Foucault 1978) hebt der Begriff des Dispositivs die Einbindung in eine Machtkonstellation hervor und macht auf deren Reproduktion durch eigenes Zutun aufmerksam. Es handelt sich somit nicht um ein repressives Element. Das Abstammungsdispositiv, an dem sich Alltagsrassismus heute immer wieder festmacht, stellt kein Verhängnis dar, sondern wirkt durch den Mangel an Kritik und durch die Nichtthematisierung genetischer nationaler Zugehörigkeitsordnungen. Erst wenn die dominierende Unterscheidung von unhinterfragt Zugehörigen und fremd gemachten Hinzugekommen hinterfragt wird, kann eine „Verschiebung dominanter Zugehörigkeitsordnungen“ (Mecheril 2004, S. 223) in Gang kommen und hat eine „Pädagogik der Mehrfachzugehörigkeit“ (ebd., S. 220) eine Chance, die als politische Pädagogik aufzufassen ist, weil sie konzeptionell die Auseinandersetzung um die Subjekte in der Polis und ihre Rechte provoziert.

Historisch reflektierter Rassismusbegriff

- gesellschaftliches Ordnungsmuster, das nationale bzw. regionale Herkunft oder kulturelle Zuschreibungen hierarchisch anordnet und fremd gemachten Gruppen zuordnet
- Legitimation der Ausbeutung nichteuropäischer Bevölkerungen in den kolonisierten Gebieten des Südens im Kontext der Aufklärung – Bildungsidee verbündet sich mit kolonialer Logik
- Erfindung eines Beweises für die Minderwertigkeit nichteuropäischer Personen und Gruppen – Legitimation für die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes (Wulf D. Hund 2006)
- Überhöhung europäischer bzw. bürgerlicher Zivilisation und Etablierung einer Rassenforschung in den Humanwissenschaften
- Nationaler Rassismus im 19./20. Jahrhundert – Nation als Raum abstammungsbezogener Gemeinschaft – Konzept des Blutes

Der Begriff des Rassismus kennzeichnet eine Diskriminierungspraxis und enthält gleichzeitig die Rassekategorie, die er kritisiert, da der Rassismusbegriff immer bereits die ideologische Praxis der rassifizierenden Einordnung anzeigt. Im Begriff der „Rasse“ äußert sich ein Zusammenhang von Wissen und Macht, in dem humanwissenschaftliche Behauptungen über „Menschenrassen“ zur Grundlage von Herrschaftspraktiken werden. Im Rassismus kommt ein komplexes soziales Verhältnis zum Ausdruck, in dessen Entwicklung sowohl biologisierende Begründungen genetischer Unvereinbarkeit wie auch die Zuschreibung kultureller Andersartigkeit ineinander wirken. Der biologistisch argumentierende naturwissenschaftliche Rassismus erlebte in Europa im 19. Jahrhundert seine Blütezeit und kann auf Menschenbilder zurückgreifen, die sich im Kontext kolonialer Herrschaftspraktiken entwickelten. Sie basieren auf den in der europäischen Aufklärung entwickelten Vorstellungen überlegener europäischer Vernunft und Zivilisation. Der europäische Kolonialismus verankerte in den Denkmustern weißer EuropäerInnen Vorstellungen von einer Ungleichwertigkeit der nicht-europäischen kolonisierten Bevölkerungen, die bis in die Gegenwart nachwirken. Im Zentrum des modernen Rassismus sieht Wulf D. Hund die Vernunft, „die als Garant von Fortschritt und Zivilisation galt“ (Hund 2006, S. 25) und macht deutlich, dass die kulturalistischen Muster der Über- und Unterlegenheit dem biologistisch begründeten Rassismus bereits eingeschrieben sind. Zur Popularität des Rassismus trug die „körperliche Visualisierung kultureller Eigenschaften“ bei (ebd.). Dabei kommt der an der Hautfarbe festgemachten Ungleichwertigkeit die Funktion zu, „einem globalen Herrschaftsprogramm den Anschein naturbedingter Notwendigkeit (zu) verleihen“ (ebd.). Der Unterschied dunkler und heller Haut, wurde zu einem „Spektrum kolonialistisch und imperialistisch verwertbarer Differenzen“ entfaltet (ebd., S. 33).

Kulturrassismus

- Die Kulturkategorie wird als nationales Gemeinschaftskonzept eingesetzt.
- Identitäre Besetzungen des Kulturellen
- Abwehr moderner Komplexität
- Kulturelle Identität als Kampfbegriff in Europa (Étienne Balibar 2002)
- „Es ist niemals ein Dokument der Kultur ohne ein solches der Barbarei zu sein.“ (Walter Benjamin [1940] 1972)
- Kulturelle Grenzziehungen entlang religiöser und sprachlicher Linien
- Ähnlichkeiten zum Antisemitismus: verweigerte Zugehörigkeit, religiös-kulturelles Fremdmachen, Rassifizierung

Allzu lange hat sich die pädagogische Diskussion, sofern sie sich überhaupt auf die Tatsache der Migrationen eingelassen hat, auf Diversität und kulturelle Differenz bezogen und die politischen Fragen der rechtlichen Gleichstellung und der Partizipation an den gesellschaftlichen Ressourcen vernachlässigt. Die dem Rassediskurs eigenen Eindeutigkeits- und Überlegenheitsbehauptungen gingen auf den Kulturbegriff über, ohne dass dieser Mechanismus sichtbar werden musste. Für Étienne Balibar ist Kultur der Bereich, „in dem Identität identifiziert wird“ (Balibar 2002, S. 139), wobei die Diskurse um kulturelle und nationale Identität stets aufeinander bezogen sind. „Identität ist niemals eine friedliche Errungenschaft“, sie antwortet auf die Macht des Anderen und geht aus asymmetrischen Verhältnissen hervor (ebd., S. 148).

Was Walter Benjamin für kulturelle Monumente, Dokumente, Kunst- und Bauwerke festgehalten hat, gilt genauso für das kulturelle Identitätsprodukt: „Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein. Und wie es selbst nicht frei ist von Barbarei, so ist es auch der Prozess der Überlieferung nicht, in der es von dem einen an den anderen gefallen ist“ (Benjamin 1974: 696). Benjamin verankert also das, was das Andere der Kultur sein soll – die Barbarei – im Kulturbegriff selbst, und auch der Prozess der Vermittlung kulturellen Wissens transportiert die Gewaltgeschichte der Kultur, eine Geschichte von Überwältigung, Verletzung und Bemächtigung. War das griechische bárbaros eine Bezeichnung für die nicht griechisch sprechenden Völker und diente als Abgrenzung gegenüber denen, die nicht „wir“ sind, wird „Barbarei“ in Benjamins Kulturkritik zu einer immanenten Bezeichnung, die sich auf die eigene Kultur richtet. Wird nun die Kulturkategorie selbst zum Instrument spaltender und ausgrenzender Identifizierungsprozesse, sind es nicht mehr nur die Dokumente der Kultur, die Benjamin in Kunst und Literatur anspricht, sondern der Gebrauch der Kulturmarkierung selbst, der gewaltsam geworden ist.

Zeitgeschichtliche Kontexte der Rassismusthematisierung

- Kolonialgeschichte des Rassismus
- Postnationalsozialistische Gesellschaft
- Ein dominierender „Wunsch, unschuldig zu sein“ (Christian Schneider 2010) begünstigt das Schweigen über Rassismus im deutschsprachigen Raum.
- Distanzierungen (Messerschmidt 2010): Rassismus erscheint als Ausnahme, wird in die Vergangenheit verlagert, wird dem Rechtsextremismus zugeordnet.
- Unterscheidung von Verfolgungspraktiken im Staatsrassismus und Diskriminierungspraktiken in der Demokratie

Um rassismuskritisch arbeiten zu können, ist es erforderlich, sich mit den kolonialen Herrschaftspraktiken und mit den Nachwirkungen des Kolonialismus in der Gegenwart auseinander zu setzen. Dieser Bezugspunkt ist im deutschsprachigen Raum lange vernachlässigt worden. Das Wissen über Ausmaß, ideologische Begründungen und politische Praktiken des europäischen Kolonialismus kann nicht vorausgesetzt werden. Eine historisch informierte und auf die gegenwärtigen Wirkungen bezogene postkoloniale Bewusstseinsbildung sollte daher in pädagogischen Studiengängen und in der Fortbildung stärker verankert werden. Eine rassismuskritische Bewusstseinsbildung ist als Voraussetzung für eine migrationsgesellschaftliche Professionalisierung zu betrachten und verlangt von den Professionellen in der Pädagogik, sich selbst in einem Verhältnis zu Geschichte und Gegenwart von Rassismus zu verstehen, die eigene Verantwortung, Rassismen entgegen zu treten, wahrzunehmen und Rassismuserfahrungen anzuerkennen.

Der Rassismusbegriff wird in Deutschland immer wieder auf die nationalsozialistische Judenverfolgung fixiert und erscheint als vergangenes Problem. Zugleich begünstigt dies die Nichtbefassung mit den ideologischen Elementen des Antisemitismus, wenn dieser unter dem nationalsozialistischen Staatsrassismus subsumiert wird. Die Vorstellung, man hätte nach der Demokratisierung die rassistischen und antisemitischen Weltbilder überwunden, steht einer Auseinandersetzung mit alltäglichen Rassismusphänomenen und aktuellen Formen von Antisemitismus im Wege und behindert eine Aufarbeitung der zeitgeschichtlichen Bedeutung von kolonialem Rassismus einerseits und der völkischen Gesellschaftsbilder in der nationalsozialistischen Ideologie andererseits (vgl. Messerschmidt 2009). Für letztere war der Antisemitismus ein tragendes volkspädagogisches Instrument. Die rassistische Strukturierung des Antisemitismus im NS diente der Vermittlung des Vernichtungsprogramms. Zum Feindbild trat die Vorstellung einer abstammungsbezogenen Reinheit. Die extreme Gewaltgeschichte, die mit der Umsetzung dieses Programms verbunden gewesen ist, erzeugt bis heute Abwehrreaktionen seitens derer, die sich in einer familiären Beziehung dazu befinden. Die Grausamkeit soll auf Abstand gehalten werden, um das Bild von sich selbst nicht zu beschädigen. Bis heute fällt es besonders schwer anzuerkennen, dass es Rassismus in der deutschen Gesellschaft alltäglich gibt, wenn auch nicht als programmatischen Staatsrassismus, sondern in Form normalisierter institutioneller Routinen, die gesellschaftliche Zugehörigkeiten nach Abstammungskriterien, Aussehen, Sprache und kultureller Zuschreibung ordnen. Der distanzierende Umgang mit dem NS blockiert oftmals eine Reflexion des gegenwärtigen Rassismus in der Demokratie (vgl. Messerschmidt 2010). Umgekehrt verzerrt eine Gleichsetzung gegenwärtiger alltagsrassistischer Praktiken mit dem NS-Rassismus und seiner systematischen Politik der Ausgrenzung und Verfolgung die zeitgeschichtliche Analyse und Kritik der Politik der Volksgemeinschaft.

Die gesellschaftliche und persönliche Beziehung sowohl zur Verbrechensgeschichte des NS wie zu dessen Aufarbeitungsgeschichte betrachte ich als postnationalsozialistische Konstellation. Sie kennzeichnet den kulturellen Kontext, aus dem heraus ich über gegenwärtigen Rassismus spreche. In dieser Konstellation wirken die Muster deutscher Selbstbilder nach, die das Erbe der Ideologie der Volksgemeinschaft ausmachen. Darin wirken sich aber auch die Selbstbilder aus, die durch die Jahrzehnte der sowohl abgewehrten wie intensiv betriebenen Aufarbeitung der NS-Ideologie und ihrer Verfolgungspraktiken entstanden sind. Zu den Nachwirkungen der NS-Ideologie, die neben dem zur Verfügung stehenden Antisemitismus auf die Rassenforschung der Kolonialmächte zurückgreifen konnte, gehört das deutsche Abstammungsdispositiv. Damit bezeichne ich die machtvolle Überzeugung, dass Deutsche(r) letztlich nur sein kann, wer einer deutschen Familie entsprungen ist, die keinerlei „fremde“ Wurzeln aufweist und einem bestimmten nordeuropäischen Phänotyp entspricht.

Entgegen einem dominierenden Distanzierungsbedürfnis geht es darum, die Beziehungen zum Erbe des NS zu betonten und zu bearbeiten. Solange der Nationalsozialismus als ganz und gar entfernt und abgeschlossen aufgefasst wird, bleiben Nachwirkungen ideologischer Muster ausgeblendet, so als gäbe es keine Nachgeschichte und keinerlei Weiterwirken von Überzeugungen. Distanzierung lässt Geschichte erstarren und macht sie handhabbar für die Pflege eines unproblematischen gesellschaftlichen Selbstbildes. Diese Distanznahmen betrachte ich weniger als individuelles Problem, sondern sie sind bedingt in den Selbstbildern einer Demokratie, die sich auch als Antwort auf die Verbrechensgeschichte versteht und sich als das ganz Andere im Gegensatz dazu repräsentiert. Schließlich geben die Verbrechen im NS-Herrschaftskontext immer eine Kontrastfolie für eine Gegenwart ab, die demgegenüber heil, friedlich und gerecht erscheint. Die zeitgeschichtlichen Beziehungen werden erst dann reflexiv bearbeitbar, wenn die Motive des eigenen Engagements gegen Rassismus explizit gemacht werden können. Das ist nicht immer möglich, und es ist auch nicht immer aussprechbar.

Antimuslimischer Rassismus

- Feindbild Islam nach 2001 – Projektion einer Bedrohung (Wolfgang Benz 2014) – Defizitwahrnehmungen von Muslimen
- kulturalisierende Homogenisierung und Lokalisierung des Islams (Hanna Acke 2010) – „Wer ist Wir?“ (Navid Kermani 2009)
- der_die Andere als Vermittler_in des Selbstbildes
- kontrastierende Kulturrepräsentationen von „westlicher“ und „islamischer“ Welt – Anrufung des „Abendlandes“ als kulturelle Erfindung des 19. Jhd. (Olivier Roy 2014)
- Fremd machen – muslimische Nachbarn werden zu Repräsentant_innen politisch instrumentalisierter Religion
- Geschlechterbezogene Problematisierungen – „übergreifender Sexismus“ (Leiprecht/Lutz 2009)
- Adressierung von „Kulturkonflikten“ (Yasemin Karakaşoğlu 2009)

In den heutigen Ausprägungen kulturalisierter Nationalismen in Europa handelt es sich weniger um manifeste Ideologien oder gesellschaftspolitische Programme, sondern eher um populär gewordene Sichtweisen und damit verbundene Praktiken. Für die aktuellen kulturrassistischen Repräsentationen der Muslime in Europa wird das geschlechterpolitische Muster zu einem Instrument der Popularisierung. Es bewirkt eine breite Abwehr einer als unemanzipiert wahrgenommenen Gruppe, gegenüber der sich die Mehrheitsgesellschaft auf der Seite des Fortschritts sehen kann. Dabei kommt es zu einer Abspaltung der in der Mehrheitsgesellschaft nach wie vor vorhandenen sexuellen Gewalt gegen Frauen und der nach wie vor vorhandenen strukturellen Ungleichheitsverhältnisse zwischen den Geschlechtern. Auch dient das Sprechen über die Situation der muslimischen Frau der Nichtthematisierung gesamtgesellschaftlicher Emanzipationsdefizite. Die Projektion kann nur funktionieren, wenn die Muslime als gesonderte und fremde Gruppe in der Gesellschaft wahrgenommen werden und nicht als Zugehörige zur bundesrepublikanischen Gesellschaft, die eine Migrationsgesellschaft ist. Letzteres wird allerdings von Teilen der bundesdeutschen BürgerInnen nicht anerkannt, wobei die Abwehr sich insbesondere gegen die muslimische Minderheit richtet. Der Menschenrechtsforscher Heiner Bielefeldt sieht darin ein „antipluralistisches Ressentiment“ (Bielefeldt 2007: 14), eine grundsätzliche Abwehr gesell-

schaftlicher Pluralität, die sich zunehmend gegen Muslime richtet. Um diese eher unmoderne Haltung zu legitimieren, werden auf diese Gruppe Eigenschaften projiziert, die selbst als unmodern gelten.

In den letzten Jahren hat ein kulturalisierter globaler Diskurs dazu beigetragen, dass die politischen Ursachen von Konflikten vernachlässigt worden sind. Das Aufleben eines antiwestlichen Islamismus ist dadurch als kulturelles Phänomen gedeutet worden, so dass die herrschaftspolitischen Zusammenhänge nicht angemessen beachtet worden sind. Die dynastisch strukturierten diktatorischen Regime auf der arabischen Halbinsel und in Nordafrika wurden von Europa lange als Garanten für wirtschaftspolitische Stabilität angesehen, während ihr Einfluss auf die Islamisierung der Gesellschaften unterschätzt worden ist. Statt dessen waren einzelne terroristische Gruppen im Blick, nicht aber das machtpolitische Problem der Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich in den Aufständen von Tunis, Kairo, Damaskus, Sanaa und anderen Städten der von Europa aus als islamisch, nicht aber als diktatorisch wahrgenommenen Teilen der Welt Bahn gebrochen haben (vgl. Roy 2011). In den neuen

Demokratiebewegungen einer jungen Generation, die Olivier Roy als „postislamisch“ kennzeichnet, rücken die verdrängten Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung wieder auf die weltpolitische Agenda. Es vollzieht sich eine „Umkehrung der Stereotypen“ (Meddeb/Stora 2011: 23), die auf die sogenannte „islamische Welt“ angewandt worden sind, indem diese als traditionalistisch erstarrt wahrgenommen worden ist, ohne zu sehen, dass es unter der Decke der autoritären Traditionen brodelt. Benjamin Stora regt an, „die Dinge andersherum zu lesen. Im Zentrum des Erfolgs, der Demokratisierung und der Chancengleichheit stehen die Schule sowie die politischen und gesellschaftlichen Freiheiten“ (ebd.: 23). Auf diesem aktuellen Hintergrund gewinnt eine kritische Auseinandersetzung mit dem westlichen Bild vom Islam eine neue Relevanz.

Aktuelle Herausforderungen für eine kritische politische Bildung

- Rechtspopulismus und autoritäre Bedürfnisse (Nachtwey 2015)
- Klassismus: Zuschreibung von „Bildungsferne“ gegenüber Eingewanderten mit muslimischer Religionszugehörigkeit
- Besetzungen von Religion als identitärer Kategorie (Mecheril/Thomas-Olalde 2011)
- Sehnsucht nach einer heilen nationalen Identität
- Abwehr realer globaler und europäischer Verelendung durch national-kulturelle Wir-Anrufungen
- Eigentumsbezogene Verlustbefürchtungen und kulturell-identitäre Abgrenzung
- Armutsdiffamierung und anti-romaistisches bzw. antiziganistisches Fremdmachen (End 2014)
- Normative Besetzung von Arbeit und Bildung (Scholz 2009)

Heute erlebt Deutschland wirtschaftliche Stabilität trotz Krisen in der europäischen Nachbarschaft. Die bürgerliche Mitte hat hier immer noch viel zu verlieren, und das zeigt sich an neueren populistisch-rassistischen Artikulationen in der Abwehr verarmter Einwanderergruppen, deren Armut zu einem kulturellen Zeichen wird. Zunehmend prägen ein „Wohlstandschauvinismus“ sowie die öffentliche Diffamierung derer, die einwandern, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, die gesellschaftlichen Thematisierungen von Migration. Eingewanderte und Geflüchtete werden sowohl ökonomisch wie kulturell als Bedrohung dargestellt. In der Kombination von ökonomischer Sorge und kultureller Abgrenzung werden abwertende Stereotype artikuliert. In populistischen Bürgerbewegungen gegen Flüchtlingswohnheime, gegen Moscheebauten und gegen die Einreise von Roma aus Bulgarien, Rumänien und den postjugoslawischen Staaten sind die Muster der Armutsdiffamierung und des antiziganistischen Fremdmachens immer wieder erkennbar (vgl. End 2014).

Die anerkannten bürgerlichen Erwerbsformen gelten als ehrwürdig und anständig, beruhen aber zumindest partiell auf struktureller und direkter Ausbeutung und materieller Ungleichheit. Die eigene normative Besetzung von Arbeit und deren Kombination mit Bildung zu einem Synonym für wertvolles Leben bleibt unhinterfragt, wenn es darum geht, die Zuschreibung des Bettelns als unzutreffend und diffamierend zurück zu weisen, ohne dass eine gesellschaftliche Kontextualisierung und Kritik von Arbeitsnormen und nicht anerkannten Erwerbsformen erfolgt (vgl. Scholz 2009). Die gegenüber Sinti und Roma vorherrschenden Zuschreibungen verweisen in besonderer Weise auf die kapitalisierte Normativität der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Lebensformen. Die Kritik daran sollte sich nicht darin erschöpfen, zu beweisen, dass sie nicht zutreffen und pauschalisierend eingesetzt werden. Eine antiziganismuskritische Kritik sollte weiter gehen und das Nachdenken über Funktionen und Wirkungen der Unterscheidungen von wertvollen und wertlosen Lebensformen anregen. Somit reicht diese Kritik weit in die gesellschaftlichen Wertvorstellungen hinein. Hier eröffnet sich ein Feld des Engagements, das für die Zukunft vermutlich hoch relevant werden wird.

Beobachtbar ist, dass eine populistische Arbeits- und Anständigkeitsideologie gegenüber verarmten Geflüchteten in Stellung gebracht wird. Eine Leerstelle in der Auseinandersetzung mit der NS-Arbeitsideologie und die unzureichend betriebene Aufarbeitung der Zwangsarbeit begünstigen aus meiner Sicht diese Auffassungen und Äußerungen (vgl. Wildt 2014). Das Selbstbild, rechtmäßig zum eigenen Wohlstand gekommen zu sein, stellt alle unter Verdacht, die jetzt einwandern, um mit eigener Arbeit und entsprechenden Sozialabgaben an diesem Wohlstand zu partizipieren. Aufklärende empirische Studien über den realen Beitrag von Eingewanderten zu den Sozialversicherungskassen irritieren diese Haltungen kaum, da Überzeugungen, aus denen Selbstbilder erwachsen sind, den Tatsachen überlegen bleiben. Mit diesen Berechnungen zu argumentieren, bleibt zudem ambivalent, weil damit das Nützlichkeitsdenken bestätigt wird. Aufklärende Bildungsarbeit erreicht nach meinen Erfahrungen ohnehin nur diejenigen, die nicht derartig abwehrenden Überzeugungen anhängen, sondern die offen sind für die Komplexität der sozialen Verhältnisse und die in dieser Komplexität nach Orientierungen suchen. Sich auf diese ansprechbaren Teile der Öffentlichkeit zu konzentrieren, schont die eigenen Kräfte und stärkt die Gegenkräfte gegen dominante Auffassungen.

Literaturhinweise

Balibar, Étienne (2002): Kultur und Identität (Arbeitsnotizen). In: Demirovic, Alex/Bojadzijev, Manuela (Hg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 136–156.

Benjamin, Walter (1974): Über den Begriff der Geschichte. In: Tiedemann, Rolf/Schweppenhäuser, Hermann (Hg.): Benjamin, Walter.: Gesammelte Schriften (GS) Band 1.2, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 693–704.

Bielefeldt, Heiner (2007): Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft. Plädoyer für einen aufgeklärten Multikulturalismus, Bielefeld.

Deleuze, Gilles (1991): Was ist ein Dispositiv? in: Francois Ewald/Bernhard Waldenfels (Hg.): Spiele der Wahrheit. Michel Foucaults Denken, Frankfurt/M., S. 153–162.

End, Markus (2014): Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation, im Auftrag des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg

Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin.

Hund, Wulf D. (2006): Negative Vergesellschaftung. Dimensionen der Rassismusanalyse, Münster.

Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim.

Meddeb, Abdelwahab/Stora, Benjamin (2011): Arabisches Erwachen. Die Wiederaneignung des eigenen Schicksals und eine sich öffnende Welt, in: lettre international, Heft 92, Frühjahr 2011, S. 23–27.

Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Kontext von Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte, Frankfurt/M.

Messerschmidt, Astrid (2010): Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus, in: Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft, Bielefeld, S. 41–57.

Roy, Olivier (2011): Postislamistische Zeiten. Säkulare Revolte – Das Ende des arabisch-muslimischen Exzeptionalismus, in: lettre international, Heft 92, Frühjahr 2011, S. 28–29.

Scholz, Roswitha (2009): Antiziganismus und Ausnahmezustand. Der „Zigeuner“ in der Arbeitsgesellschaft, in: End, End/Herold, Kathrin/Robel, Yvonne (Hg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments, Münster, S. 24–40.

Wildt, Michael (2014): „Arbeit“ im Nationalsozialismus. Zur Bedeutung des Begriffs in Ideologie und Praxis des NS-Staats, in: Einsicht 12: Bulletin des Fritz-Bauer-Instituts, 6. Jg., Oktober 2014, S. 14–19.

Diskussionsbericht des Moderators

Marco Jelic

Im Anschluss an ihren Vortrag zur Genese und Ausformung des Kulturrassismus stand Prof. Astrid Messerschmidt den Fragen Rede und Antwort. Es entwickelte sich ein offener, lebhafter und stets konstruktiver Austausch von Meinungen, Erfahrungen und Fachwissen. Anknüpfend an den Vortrag der Professorin wurde die These diskutiert, dass die Debatte um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ eine öffentliche, politische und mediale Diskursverschiebung nach „rechts“ bedingt habe. Unsagbares sei plötzlich wieder salonfähig geworden, die Abwertung ganzer sozialer, kultureller und religiöser Gruppen wieder mehrheitsfähig. Prof. Messerschmidt lehnte zwar die Inhalte der rassistischen und unwissenschaftlichen Sarrazinschen Argumente grundlegend ab, wollte seine Wirkung, auch im Hinblick auf die Entstehung einer AfD oder Pegida, aber nicht zu hoch einschätzen. Die neuen Protestformen seien jedoch wie Sarrazins Thesen im Kern rassistisch: „Was wir erleben bei Bewegungen wie Pegida ist keine Angst vor – sondern eine Wut auf die Vielfalt“, unterstrich die Professorin in aller Deutlichkeit.

Wie man den immer stärker zu Tage tretenden Rassismus bekämpfen könne, gerade vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen, war im Folgenden Schwerpunkt der Diskussion. Die aktiven Gewerkschaftsmitglieder berichteten zum einen vom ihrem ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe, zum anderen von ihrem politischen Einsatz, sich immer wieder auch öffentlich Bewegungen wie Pegida und deren Ablegern in Gegendemonstrationen entgegenzustellen. Diese sichtbare Gegenwehr der Gewerkschaften wurde als wichtiger Beitrag im Kampf gegen Rassismus bewertet. Dennoch wurde auch offen angesprochen, dass man auch innerhalb der Mitgliederschaft immer wieder für Akzeptanz, Vielfalt und eine Willkommenskultur aktiv eintreten müsse. Denn auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern gäbe es Vorurteile und Ressentiments. Einig waren sich die TeilnehmerInnen in dem Punkt: Jeder Einzelne müsse täglich im Betrieb, im Bekanntenkreis, in der Familie für die Grundwerte der Gewerkschaften einstehen – Solidarität und Antifaschismus.

Workshop 1: „Fußball“ als Agitationsfeld rechter Fußballfans

Inputreferat: Der Einfluss der extremen Rechten auf die Fußballfankultur

Mark Haarfeldt

Meldungen, dass in verschiedenen Fanszenen es zu Auseinandersetzungen kommt, tauchen seit 2011 immer wieder auf. Im Mittelpunkt dieser Konflikte innerhalb einer Fanszene steht dabei, welche Gruppe die Hegemonie über eine Kurve haben darf, welche Themen im Stadion angesprochen werden dürfen und ob antirassistisches Engagement im Rahmen von Fußball legitim ist. Seit 2011 betrafen solche Konflikte rund zwei Dutzend Vereine aus den ersten vier Ligen, bei denen es auch zu körperlichen Auseinandersetzungen kam. Dass Fußballfans als Zielgruppe von Organisationen der extremen Rechten ausgewählt werden ist kein neues Phänomen.

Hooligans und Neonazis in den 1980er Jahren

Michael Kühnen und seine „Freiheitliche Arbeiterpartei“ (FAP) waren in den 1980er Jahre die dominierende Partei in der westdeutschen Neonaziszene. Die FAP hatte zwar nur mehrere hundert Mitglieder und erzielte nur sehr niedrige Wahlergebnisse, war aber in der Öffentlichkeit präsent und sehr aktiv. Kühnen galt damals als „kluger Kopf“ der Szene, der sich auch darum bemühte, das Rekrutierungsfeld zu erweitern. Zentral waren dabei Fußballfans, und speziell dabei die Gruppe der Hooligans, die in den 1980er Jahren eine subkulturelle Jugendkultur darstellten und mehrere tausend Männer umfasste. In allen Vereinen gründeten sich zu Beginn der 1980er Jahren Hooligan-Gruppen, die heute noch aktiv sind. Gruppen wie „Borussen-Front“ bei Borussia Dortmund oder die „Adler-Front“ bei Eintracht Frankfurt waren von Beginn an offen für nationalistisches Gedankengut. Besonders die Borussen-Front hatte und hat bis heute eine enge Anbindung zur lokalen Neonazi-Szene. Offenkundig hatten die Gruppe der Hooligans für Neonazis zwei wichtige Eigenschaften, die sie für ihre eigene Politik nutzbar machen wollten. Die hohe Gewaltbereitschaft sowie die strukturelle nationalistische Attitüde, die in den 1980er Jahren vor allem bei Spielen der Nationalmannschaft zum Ausdruck kam, waren Merkmale, die mit den Vorstellungen der Neonaziszene kompatibel waren. In manchen Vereinen entwickelte sich hierbei eine enge Bindung, die neben den Aktivitäten beim Fußball auch zu politischen Aktionen führte. So überfielen mehrere hundert Hooligans aus verschiedenen Vereinen 1982 eine 1.-Mai-Kundgebung in Frankfurt während des Pokalendspiels zwischen Bayern München und den 1. FC Nürnberg. Die politisch-motivierte Gewalt äußerte sich somit nicht nur in und um Stadien, sondern auch in anderen öffentlichen Räumen. Besonders nach dem Ende der DDR 1989 explodierte die Gewalt in den neuen Bundesländern und die strukturell vorher in der Bundesrepublik registrierte Zusammenarbeit zwischen Hooligans und Neonazis war nun auch dort präsent. Angriffe auf linke Wohnprojekte oder die Jagd auf Migranten waren in einem großen Ausmaß vorhanden, dass das „Naziproblem im Osten“ fast immer mit Hooligans assoziiert wurde.

Rückgang der Hooligan-Aktivitäten – Entstehung der Ultras

Bei der WM 1998 in Frankreich kam es zu schweren Ausschreitungen. In Lens randalierten mehrere hundert deutsche Hooligans und verletzten dabei den Polizisten Daniel Nivel lebensgefährlich. Nivel überlebte den Angriff, muss aber bis zu seinem Lebensende mit den Folgeschäden leben. Die Folge dieses Vorfalls war eine verschärfte Repressionswelle in Deutschland gegen Hooligan-Gruppen. Der Strafkatalog wurde drastisch ausgeweitet und zahlreiche Stadionverbote seitens des DFB und der Vereine verhangen. Auch die Überwachung in den Stadien, besonders im Vorfeld der WM 2006 wurde erhöht. Mit der WM 2006 waren innerhalb der Stadien der ersten Ligen kaum noch Aktivitäten von Hooligans feststellbar. Wenn gleich Hooligans damit nicht aus den Stadien verschwanden, waren Ausschreitungen eher selten zu registrieren. Gleichzeitig veränderte sich die Fanstruktur in den Kurven. Mit dem auftretenden Phänomen der Ultra, die zwar nicht gewaltfrei agieren, aber dieser Aspekt nicht im Vordergrund steht, veränderte sich auch das Fanverhalten und die Unterstützung der jeweiligen eigenen Mannschaften. Ultras bilden zwar keinen Gegenpol zu den Hooligan-Gruppen, fokussierten sich aber primär auf die Präsentationsformen in den Kurven und nicht die Schlägerei. Diese Verschiebung war deutlich in vielen Stadien zu spüren und prägt noch heute die

Atmosphäre. Auch wenn Ultras durchaus umstritten bei anderen Fangruppen sind, ist ihr Erscheinungsbild für die meisten Vereine durchaus als positiv zu bewerten Dagegen wird deren Einfluss auf die Vereins- und Verbandspolitik kritisch gesehen. Anders als Hooligans führen Ultras auch bundesweiten Kampagnen gegen eine steigende Kommerzialisierung im Fußball durch, die gegen manche vereinspolitischen Vorgänge sich positionieren. Dieser Aspekt ist ein weiterer Unterschied zu Hooligans, die zwar auch aktiv am Vereinsleben teilnehmen und in manchen Fällen dort auch federführend sind, jedoch keine Struktur entwickeln, die sich langfristig und vereinsübergreifend gegen eine Kommerzialisierung im Fußball richtet. Hooligans sind sicherlich nicht verdrängt, jedoch ist die Dominanz wie in den 1980er und 1990er Jahren weitestgehend nicht mehr existent.

Politik im Stadion und die Reaktionen

Dass Ultras ein großes Interesse für sportpolitische Vorgänge im Fußball haben, ist in den letzten Jahren bewiesen worden. Kampagnen gegen steigende Ticketpreise, die Zersplitterung von Spieltagen in den ersten Ligen oder die Entstehung von ökonomisch potenten Fußballclubs, die aufgrund eines beherrschenden Sponsorings von Einzelpersonen oder Konzernen existieren und damit mitgliederstarken Vereinen, die keine politische Verantwortung aufgrund eines wirtschaftlichen Engagements übertragen wollen, sind Beispiele für die Aktivitäten. Eine große Anzahl von Ultra-Gruppen entwickelt somit ein Bewusstsein und definiert neben diesen sportpolitischen Themen auch andere Normen, die keinen direkten Bezug zum Sport Fußball haben. So entstanden zwischen 2005 und 2010 verschiedene Ultra-Gruppen, die sich antirassistisch positionierten und dies auch in den Stadien durch Spruchbänder oder Doppelhalter formulierten. Dass diese Gruppen hierbei ein strukturelles Problem bei Fußballfans aufgriffen, ist keine neue Entwicklung, sondern wurde bereits 1993 mit dem „Bündnis antifaschistischer Fußballfans“[1] thematisiert, die 2000 auch erstmalig eine Ausstellung über Rassismus im Fußball in über 100 Städten organisierten. Die Gründung oder Manifestierung von antirassistischen Standards war nach 2000 keine Selbstverständlichkeit in den Stadien. Auch ohne die sichtbare Präsenz von Hooligans war ein Alltagsrassismus bei einigen Vereinen festzustellen. Die Ultra-Gruppen engagierten sich somit aktiv in den Kurven, um Rassismus aus den Stadien zu verbannen.

Gerade das antirassistische Engagement sorgte für große Diskussion innerhalb verschiedener Fanszenen und wurde häufig damit begründet, dass „Politik ist Politik und Fußball ist Fußball“ sei. Diese Formel impliziert, dass Fußball trennscharf von gesellschaftspolitischen Entwicklungen abzugrenzen ist und quasi eine Sonderstellung hat, die eben nur den Sport betrifft. Kritiker von antirassistischen Gruppen sahen darin eine Tendenz, dass Fußball hier als Plattform genutzt wird und der Sport damit in den Hintergrund treten würde. Und Gegner, die nostalgisch die 1980er und 1990er Jahre als der Inbegriff einer Fankultur verklärten, erkannten eine Übernahme einer „linker bzw. kommunistischer“ Ideologie in den Kurven. Diese Diskussion ist mittlerweile deutlich abgeebbt, doch immer noch präsent. Die Anerkennung, dass Fußball schon immer ein Ort der politischen Artikulation war, dass Fußball durch sein hohes Fanaufkommen, nicht von gesellschaftspolitischen Vorgängen abgetrennt werden kann, war um 2010 kaum mehrheitsfähig, sondern stieß vor allem bei älteren Fans auf Ablehnung. In diesem Spannungsfeld zwischen steigender Politisierung der Fankurven, wobei das antirassistische Engagement nur ein Teilaspekt war, und der nostalgischen Verklärung „alter Fantraditionen“ entstand nach 2010 auch der Konflikt in gut zwei Dutzend Vereinen, der bis heute anhält.

„Zecken aus der Kurve klatschen“

Die seit 2011 stattgefunden Auseinandersetzung bei über 20 Vereinen ist hierbei nicht nur eine Frage der politischen Einstellung, sondern auch ein Generationskonflikt. Mitglieder ältere Hooligan-Gruppen sind mittlerweile zwischen 35 und 50 Jahre, während der Großteil der Ultras zwischen 16 und 24 Jahre alt sind. Der Altersunterschied ist besonders wichtig, wenn es um die Auffassung bzw. Einstellung von Fankultur geht. Mag dies nicht im Vordergrund der öffentlichen Debatte stehen, so spielt es immer eine Rolle, wenn Floskeln wie „hat es früher nicht gegeben“ in die Diskussion einfließen.

Folgend eines Spiegel-Artikels vom November 2013,[2] entstand im Herbst 2013 das Netzwerk „GnuHonnters“, ein Zusammenschluss von 17 Hooligangruppen überwiegend aus den westlichen Bundesländern. Unter den Motto „Kameraden im Geiste. Viele Farben, dennoch eine Einheit“ trafen sich die Gruppen und beschlossen, sich gegenseitig zu unterstützen, die angeblich „linke Dominanz“ in den jeweiligen Fankurven zu brechen. Laut dem Artikel wurden sie dabei auch von bekannten und fußballaffinen Neonazis unterstützt. Wenn gleich über das Netzwerk nicht viel bekannt ist, waren es besonders die Ereignisse bei Vereinen wie Alemannia Aachen, Eintracht Braunschweig und MSV Duisburg, die bestätigten, dass zumindest ein Kontakt bis zur Unterstützung einzelner Gruppen durch andere Hooligans existierte. So traten bei Spielen des MSV Duisburg in den folgenden Monaten vermehrt MSV-Hooligans mit Angehörigen der Partei „Die Rechte“ auf, die Mitglieder der Borussenfront sind. Gemeinsam griffen sie Mitglieder der Ultra-Gruppierung „Kohorte“ an, die mehrmals sich im Stadion gegen Rassismus positioniert hatte. Ebenso bei Alemannia Aachen sollen die Hooligans der Gruppe „Westwall“ von Gladbachern Hooligans unterstützt worden sein. Und auch bei anderen Vereinen oder Aktionen gegen antirassistische Ultras konnte man personelle Allianzen verschiedener Hooligan-Gruppen feststellen. Die Gewalt gegen die Ultras in den jeweiligen Kurven nahm dabei unterschiedliche Dimensionen in Intensität und Auswirkung an. So bekamen die „Ultras Aachen“ ein generelles Stadionverbot und wur-

1 Ab 1998 nannte sich man sich „Bündnis Aktiver Fußballfans“

2 Siehe Spiegel-Online vom 13.11.2013: http://www.spiegel.de/sport/fussball/rechtsextreme-im-fussball-hooligans-und-nazis-vernetzen-sich-a-933194.html

den durch die massive Bedrohungslage zur Selbstauflösung gezwungen. Ähnlich erging es den „Ultras Braunschweig“, die mittlerweile nur mit Einschränkungen im Stadion präsent sein können. Anders beim MSV Duisburg, bei dem sich die „Kohorte“ nicht einschüchtern ließ und der Verein die Gruppe „Division Duisburg“ nach langer vereinsinterner Debatte maßregelte. Mittlerweile hat sich die Gruppe im Zuge eines juristischen Verfahrens gegen Dresdner Hooligans selbst aufgelöst, da Hooligan-Gruppen nun von der Polizei auch als kriminelle Vereinigung eingestuft werden können. Dennoch sind ehemalige Angehörige der „Division Duisburg“ weiterhin im Stadion anzutreffen, wenn gleich sie nicht als Gruppe auftreten.

War der Vorwurf von Hooligans an Ultras noch vor fünf Jahren, Fußball habe mit Politik nichts zu tun, eklatant, verschwand dies nun. Trotz eines Rückgangs von Auseinandersetzungen in den Fankurven für das Jahr 2015, sind die Rivalitäten immer noch präsent und äußerten sich seit dem Herbst 2014 auch auf einer anderen Ebene. Die Gründung des Netzwerkes „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) im Spätsommer 2014 war ebenso ein vereinsübergreifendes und bundesweites Projekt, das erheblichen Zulauf zu verzeichnen hatte. Schließlich bewies eine Demonstration in Köln im Oktober 2014, dass das Label „Hooligans“ immerhin fast 5000 Menschen in kurzer Zeit mobilisieren konnte. Der Sport Fußball bot hierbei unfreiwillig den Rahmen an, die politische Botschaft war Ursache für den Zusammenschluss. Auf die Kölner Demonstration reagierten wiederum in den Stadien Ultra-Gruppen. So zeigte die Gruppe „Melting-Pott“ vom VfL Bochum ein Banner mit den Slogan „Hooligans und Salafisten. Mörder und Faschisten.“. Auch in anderen Vereinen distanzierten sich Gruppen von der Kölner Demonstration, auf der es zu Ausschreitungen gegen Polizei und Gegendemonstranten gekommen war. Dem schlossen sich auch Vereine an. Bei zwei Dutzend Vereinen wurde die Stadionordnung dahingehend angepasst, dass jegliche Symbolik und Slogans von HoGeSa in den jeweiligen Stadien verboten wurde. Die schnelle Reaktion auf die Kölner Demonstration innerhalb der Fußballlandschaft ist ein Indiz, dass HoGeSa nicht mehrheitsfähig innerhalb der Fußballfanszene ist. Eine weitere Demonstration in Hannover hatte nicht die große Resonanz wie die Demonstration in Köln und mittlerweile kann HoGeSa, auch aufgrund interner Streitigkeiten, nur noch wenige hundert Menschen zu eigenen Veranstaltungen mobilisieren. Stattdessen beteiligen sich zunehmend Hooligans an Demonstrationen lokaler Pegida-Strukturen. In Duisburg demonstrierten bei Pegida-NRW Hooligans unter den Motto „Duisburg macht sich grade für Deutschland“ mit. Besonders das „gerade machen“ ist ein Hinweis, dass weiterhin in diesem politischen Feld mit der Hooligan-Attitüde agiert werden soll, wenn gleich Vereinssymboliken keine Rolle spielen.

Ausblick

Politische aktive Menschen, die sich in der Öffentlichkeit über die Fangruppe Hooligans definieren, wird es auch in Zukunft geben. Die Organisatoren im Herbst 2014 waren selbst überrascht, dass das Netzwerk „Hooligans gegen Salafisten“ so einen großen Zulauf bekommen hat. Wenn gleich ein Jahr später die Organisation keine Einheit mehr bildet, staatliche Repressionen gegen Demonstrationen von HoGeSa deutlich zugenommen haben und bei den AnhängerInnen ein deutlicher Abnutzungseffekt festzustellen ist, sind Hooligans immer noch aktiv. Vor allem bei Pegida tauchen als TeilnehmerInnen auf und sind in manchen Städten in die Organisation integriert. In Dresden sind sie von Beginn an Bestandteil des Ordnerdienstes.

Die Auseinandersetzungen bei Vereinen, in denen es zu erheblichen Spannungen in der Fanszene kam, hat mit der Saison 2015/16 deutlich abgenommen. Dies lag nicht nur an den Konsequenzen von Vereinsleitungen, sondern auch an den Reaktionen anderer Fangruppen abseits der Ultras. In Dortmund bespielweise kam es zu Beginn der Saison 2015/16 zu versuchten Angriffen seitens der Gruppe Borussenfront und befreundeter Neonazis auf Fans, die sich gegen Rassismus in der Kurve aussprachen. Die Attackierten erhielten Solidarität von anderen Fans, so dass die Angriffe abgewehrt werden konnten. Dieses reaktive Verhalten zeigte sich dann später auch an Spieltagen, indem Transparente gegen Rassismus in der Südkurve präsentiert wurden. Obwohl dadurch der Verein BVB nicht von seiner neonazistischen Klientel befreit ist, sind solche Solidaritätsbekundungen ein Zeichen ist, klare Positionen gegen extrem rechte Bestrebungen innerhalb des Fußballs zu beziehen. Und diesen Weg müssen Vereine und Fans auch weiterhin konsequent gehen.

Diskussionsbericht des Moderators
Kai Venohr

Fußball ist mit Abstand der populärste Sport in Deutschland. Millionen begeistern sich dafür und hunderttausende engagieren sich in Vereinen oder Fanclubs. Doch Fußball ist auch der Sport weltweit, der gesellschaftspolitischen Diskussionen auslöst. Eine Ursache ist hierbei Rassismus im Fußball und der Einfluss extrem rechter Parteien und Gruppen auf die Fanszenen.

Im Workshop wurde besonders die Situation bei betroffenen Vereinen speziell vertieft und diskutiert. Hier lassen sich große Unterschiede feststellen, wie auf die Beeinflussung von Neonazis oder rechter Parolen reagiert wird. Im Fokus der Debatte stand dabei auch der Betrieb als Ort, wo fußballbezogene Themen angesprochen werden. Fanpolitische Themen sind dabei ebenso relevant und werden kontrovers besprochen. Allein sich Rassismus und Neonazismus im Rahmen von Fußballspielen zu widersetzen, reicht deshalb nicht aus, da Fußball auch ein Spiegel der gesellschaftlichen Vorgänge ist. Und dazu gehört auch der Betrieb.

Workshop 2: Unter Druck! Zwischen Salafismus und antimuslimischem Rassismus

Inputreferat: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Jugendkulturen – Zwischen Rechtsextremismus, muslimenfeindlichen Rassismus und Islamismus

Dr. Kemal Bozay

Einleitung

In vielen Studien und Diskussionen zum Rechtsextremismus und Rassismus sowie zur antirassistischen Bildungsarbeit wurden extrem Rechte, rassistische und antidemokratische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund bislang ausgeblendet. Dennoch wird seit einigen Jahren sowohl in der Praxis als auch in der Migrationsforschung eine Diskussion darüber geführt, ob es eine spezifische Form von „Rassismus", religiösen „Fundamentalismus" und „Antisemitismus" in der Migrationsgesellschaft gibt. Die Problematisierung eines sog. migrantischen (Rechts-)Nationalismus, Islamismus/Salafismus und Rassismus steht vorerst im gesellschaftspolitischen Diskurs konträr zur rassismuskritischen Auseinandersetzung hierzulande, der MigrantInnen bislang primär als Objekte und nicht als Subjekte von Ausgrenzung, Diskriminierung und Ungleichwertigkeitsvorstellungen betrachtet hat.

Gerade im Zuge der Globalisierungsprozesse haben Re-Ethnisierungs- und Nationalismustendenzen einen Revival erfahren und auch die Religion hat eine neue Bedeutung gewonnen. Antimuslimischer Rassismus einerseits und extrem-islamistische, salafitische sowie nationalistische Einstellungen in der Einwanderungsgesellschaft andererseits nehmen an Bedeutung zu. Daher rückt in der gesellschaftspolitischen Diskussion in den letzten Jahren verstärkter die Problematik kulturell-religiöser und nationaler Identitäten in das Blickfeld der sozial-politischen Auseinandersetzungen. Diskutiert wird vor allem die Frage, welche Auswirkungen ethnisch-kulturelle und nationalistische sowie religiöse Differenzen auf die gesellschaftlichen Prozesse insgesamt haben.

Vor allem hat es hierbei um eine neue Erscheinung der Ideologie von Ungleichwertigkeit zu tun, der den gemeinsamen Kern aller Abwertungen von Gruppen hervorhebt. Sie stellt somit die prinzipielle Gleichwertigkeit von Gruppen oder Menschen infrage und setzt Menschen einer ausschließenden Bewertung aus. Im Zuge dessen entsteht nach dem Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer eine gruppenbezogende Menschenfeindlichkeit, der Produkt von gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen ist. Am Beispiel der Einwanderercommunities ist zu erkennen, dass neben den verstärkt auftretenden alltäglichen Diskriminierungen und antimuslimischen Rassismus hierzulande auch die politischen Entwicklungen der jeweiligen Herkunftsländer von Migrationsgruppen nach wie vor ethnisch-religiöse Mobilisierungen evozieren. Werden die Ergebnisse zu diesen beiden Punkten zusammengezogen, dann kann auch von einem „ethnischen Nationalismus" (Bozay 2005: 9) als eine der zutreffenden Beschreibungen für die ultranationalistischen und rassistischen Einstellungen der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen werden. Gerade am Beispiel von ultranationalistischen und rassistischen Vereinigungen (z.B. Graue Wölfe) von türkeistämmigen Menschen hierzulande erkennen wir, dass es ein Rückzug auf die Konstruktion von Ethnizität, verbunden mit diversen Mythen und der „Hochschätzung der eigenen Nation und mit der Geringschätzung, der Verachtung gegenüber anderen Nationen, ethnischen Gruppen bzw. gesellschaftlichen Minderheiten" (Bozay 2005: 132) ist, der diesen antidemokratischen Tendenzen eine neue Dynamik verleiht.

Salafismus und Islamismus im Spagat zwischen Ideologie und sozialer Struktur

Der Islamismus – und mit ihm auch der Salafismus – ist eine politisch-extremistische Spielart des Islams und kann in den Diskursen keineswegs homogenisiert werden. Daher sind die Aussagen der salafitischen Bewegungen nicht als stellvertretend für den Islam zu verstehen und zu interpretieren. Mit ihrem exklusiven Wahrheitsanspruch und der Propagierung der islamischen Urgemeinde als Ideal vermitteln sie jedoch den Eindruck für den Islam schlechthin zu stehen.

Sprachlich ist es sehr wichtig, klar zu differenzieren, ob wir über Islamismus oder über den Islam reden; um Menschen muslimischen Glaubens nicht pauschal zu stigmatisieren und zu etikettieren, der sie sich gar nicht zugehörig fühlen. Während der Islam eine weltweite Glaubensrichtung darstellt, beinhaltet der „Islamismus" einen Sammelbegriff für unterschiedliche politische Ideologien und Denkrichtungen, die sich vorgeblich auf Ideen oder eine spezifische Auslegung des Islams stützen und sich insbesondere seit den 1990er Jahren radikalisiert haben.

Festzuhalten bleibt daher, dass islamistische Strömungen aus dem Islam heraus entspringen: sie bedienen sich islamischer Wertvorstellungen und Begriffe, die sie dann jedoch nach ihren Vorstellungen mit dem Ziel der Herstellung einer „urislamischen" Gesellschaft wie zur Zeit Muhammads interpretieren.

Als Salafiten (Salfiyye) werden gegenwärtig unterschiedliche religiöse und politische Bewegungen bezeichnet, die besonders dem Wortlaut des Korans und dem Leben des Propheten folgen und somit eine Spielart des Islamismus sind. Die Salafiten stützen sich ursprünglich auf die Gedanken von Muhammad Abdel Wahhab (1703–1791), der im 18. Jahrhundert eine strenge wörtliche Befolgung der religiösen Quellen des Islams predigte. Daher lehnen die Salafiten zeitgemäße Islaminterpretationen strikt ab und propagieren eine Rückkehr zum Vorbild der Vorfahren (arab.: al-salaf al-salih) bzw. den reinen Islam. Die Bezeichnung Salafiten geht daher zurück auf den arabischen Begriff „al-salaf al-salih", zu Deutsch: die „frommen Altvorderen". Somit können Salafisten als Anhänger der Altvorderen verstanden werden (vgl. Schneiders, 2014, S.11–14). So werden alle islamischen Richtungen und Interpretationen, die diesem Gedankenbild nicht folgen, durch die Salafiten als „ungläubig" (arab. kufir) abgestempelt.

Die salafitische Bewegung in Deutschland ist keine homogene Bewegung. Man kann sie in vier Richtungen differenzieren. Folgende Ausrichtungen prägen den gegenwärtigen Salafismus in Deutschland:

- Puristische Form des Salafismus
- Politisch-missionarische Form des Salafismus (mit Ablehnung von Gewalt)
- Politisch-missionarische Form mit Legitimation vom Jihad
- Politisch-jihadistische Form

Daher ist es gegenseitig sehr schwierig, die Salafiye als eine homogene Bewegung zu verstehen, vielmehr ist er Teilausrichtung der dominierenden Religion des sunnitischen Islams und eine sehr dynamische Form dessen. Ihr Ziel ist es, zum Recht und zur Theologie nach dem Vorbild der ersten Generationen von Muslimen (salaf) zurückzukehren und sich auf den Koran und Vorbild des Propheten zu stützen.

Gewaltbereiter Salafismus als politische Jugendbewegung

In Deutschland ist der Salafismus von der oben genannten Definitionen und Bewegungen inspiriert, ist aber als eigenständige Ideologie und Bestrebung zu betrachten. An dem Vorbild der muslimischen Gründerväter will der sog. Salafismus in Deutschland und in Europa eine vermeintlich ideale islamische Gesellschaft erschaffen, wie diese im frühen 7. Jahrhundert existiert haben soll. Hierbei reicht das Spektrum von apolitischen Salafisten bis hin zu solchen, die die Anwendung und Praktizierung von Gewalt propagieren, um dieses Ziel zu erreichen (vgl. Strunk, 2014, S.70).

Die salafitischen Strömungen hierzulande organisieren sich in informellen Netzwerken, Jugendzirkeln, Vereinen, Wohngruppen und Moscheen. Aber auch Privaträume und der virtuelle „Raum" werden von ihnen extremst genutzt. Deshalb ist es auch schwierig, ihre Szene zu überblicken. Sie kommen neben dem täglichen Gebet, für Islamkurse, Diskussionsrunden und Freizeitaktivitäten zusammen. Die Zugehörigkeit durch Freizeitangebote so attraktiv wie möglich zu gestalten, soll primär dazu dienen, dass die Jugendlichen ihre Kontakte zur Außenwelt abbauen und sie ihre sozialen Netzwerke – ähnlich wie bei Sekten – nur auf Gleichgesinnte beschränken. Als einen großen Vorteil können die Salafiten ihre starke Medienpräzens (Social Web, Internet, Fernsehen, Zeitung u.ä.) verbuchen, da sie dadurch unabhängig von ihrer tatsächlichen Größe eine noch größere Aufmerksamkeit als die gemäßigten Muslime erzielen (vgl. Ceylan/Kiefer, 2013, S. 80f.).

So hat sich in den letzten Jahren der politische Salafismus in Deutschland zu einer radikalen Jugendsubkultur entwickelt, von der Jugendliche aller sozialen Schichten oder religiösen, nationalen und kulturellen Herkunft angesprochen werden: „Ob muslimischer oder nicht-muslimischer Herkunft, ob mit Migrationshintergrund oder ohne, sie alle haben nie eine religiöse Sozialisation erfahren, die sie befähigt, sich mit theologischen Fragen selbständig und kritisch reflektierend auseinandersetzen zu können." (Dantschke, S. 480)

Lange Bärte, Gewänder, Gesichtsschleier und Kopftuch – dies sind die Hauptmerkmale eines neuen Dschihad-Trends, der muslimische Jugendliche von heute angeblich so sehr anzieht. Der Antrieb dieser Jugendlichen resultiert nach Ansicht des Soziologen Aladin El-Mafaalani aus Provokation und selbstbestimmter Abgrenzung (vgl. El-Mafaalani, 2014, S.355).

Was machten den Salafismus für Jugendliche attraktiv?

Die Gründe für eine Radikalisierung sind in den verschiedenen salafitischen Jugendgruppen sehr vielfältig. Unzufriedenheit über die eigene Lebenssituation aufgrund von Gewalt und ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit innerhalb der Familie, familiale Brüche, fehlende Vorbilder, gesellschaftliche Desintegrationsprozesse u.ä. spielen eine große Rolle. Zudem können manche Jugendliche nur schwer die innere Zerrissenheit und Isolierung bewältigen, die ihnen ein Leben zwischen den Welten (gesellschaftliche „Moderne“ und „konservative“ Familie) zumutet. Auch Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen durch die Gesellschaft, in der man lebt, nähren das Gefühl, ein Ausgestoßener und Ausgegrenzter zu sein. Das führt schnell zu einer Identitätskrise und zu der Frage, zu welcher Gruppe man sich eigentlich zugehörig fühlt.

Die Religion bietet sich dabei oft als Anker für die Frage nach der eigenen Identität an. Die meisten Jugendlichen, die sich dahingehend angesprochen fühlen, kennen sich zwar zumeist in der eigenen Religion nicht gut aus, sie fühlen sich aber als MuslimInnen und MigrantInnen von der Gesellschaft nicht akzeptiert und bauen daher eine Brücke zu den vermeintlich unterdrückten muslimischen Brüdern und Schwestern auf der ganzen Welt auf. Die in ihren Augen tendenziöse Berichterstattung in den deutschen Medien über die weltweite Rolle des Islams, über Integration und Terrorismus verstärkt das Gefühl der Diskriminierung.

Salafistischen Predigern fällt es aufgrund dessen leicht, die Jugendlichen anzuheuern. Sie verstehen es, die Jugendlichen auf diese Probleme anzusprechen und ihnen vermeintliche einfache Lösungen zu präsentieren. Dazu werden jugendliche Lebenswelten bzw. die vorherrschende Jugendkultur gezielt mit religiösen Themen konfrontiert und mobilisiert. Dabei suggeriert der Salafismus durch einfache und klare Botschaften ein „vollkommenes Leben“ führen zu können und prägt ein Schwarz-Weiß-Denken, der die Menschen in „Gut und Böse“ teilt. Somit bietet er den jungen Menschen Orientierung in eigener Lebensführung und Weltanschauung. Das Gemeinschaftsgefühl in der islamischen Gemeinschaft bzw. die Umma als sog. Größte Nation steht dabei im Fokus. Die „Besinnung“ auf Religion scheint gleichzeitig als Halt und Ausweg zu einem konfliktbeladenen Alltag. Insbesondere vermitteln sie ein Gemeinschaftsgefühl, in der sich der Einzelne auch gegen Bedrohungen nicht alleine beweisen muss (vgl. Schneiders, 2014, S. 19).

Nach Angaben der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden besteht die salafistische Szene zu nahezu 90 Prozent aus Menschen mit Migrationshintergrund und zu knapp über 10 Prozent aus KovertitInnen ohne Migrationshintergrund.

Eine Besonderheit beim Salafismus ist die Tatsache, dass er den Islam als Ersatzidentität verbreitet, als eine höhere Form der Identifizierung in einer angeblich neuen vollkommenen Gemeinschaft. Somit spielen menschliche Kategorien wie Nation und Kultur keine Rolle mehr. Aus diesem Grund könnte es sein, dass so viele Mitglieder der salafitischen Szene Migrationshintergrund haben, denn gerade diese wissen oftmals nicht, wo sie national hingehören. In ihrem Geburtsland Deutschland wird ihnen das Deutschsein abgesprochen und auch im Heimatland ihrer Eltern gelten sie als „Fremde“. So könnten einige auf die Frage nach ihrer Nationalität antworten, „Salafit“ zu sein (vgl. Schneiders, 2014, S. 19).

Hinzu kommen die Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen hierzulande. Muslime machen häufig Erfahrungen mit Diskriminierung und Ausgrenzung. Sie erleben im Alltag, dass man ihnen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit mit Ressentiments gegenüber tritt. Zudem haben sie größere Schwierigkeiten, sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren und in den Bildungsinstitutionen gleichberechtigt zu partizipieren. Tiefe Spuren hinterlässt vor allem die Kontinuität des Rassismus in Deutschland, die im öffentlich-medialen Kontext in den letzten Jahren sowohl durch die Sarrazin-Debatte, durch die Aufdeckung und Debattierung der NSU-Morde als auch durch die rassistischen Kampagnen von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen (Pro-Bewegungen, AFD, Pegida u.a.) eine neue Dynamik gewonnen hat.

Insbesondere die Äußerungen von Sarrazin (2010) lösten große Empörung und Wut auf Seiten der MigrantInnen und MuslimInnen in Deutschland aus. Thilo Sarrazin behauptete, dass Muslime auf Grund eines „Minderwertigkeitsgens“ weniger intelligent seien als Menschen, die nicht dem Islam angehörten. Solche Aussagen lösen gerade bei Jugendlichen, die hier geboren worden sind, ein Gefühl der ungerechten Behandlung aus. Ihre Zugehörigkeit als Teil dieser Gesellschaft wird in Frage gestellt. Das drängt junge MuslimInnen verstärkt in die Fänge extremistischer Bewegungen:

„Persönliche Dispositionen, mangelnde Beziehung zu Primärangehörigen und fehlende Aufmerksamkeit können ein Abgleiten in den Radikalismus befördern. In solchen Fällen sind auch Menschen aus wohlhabenden Verhältnissen, ohne gesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen und mit ausgezeichneter beruflicher Perspektive betroffen.“ (Schneiders, 2014, S.20)

Salafitische Organisationen und Netzwerke

Gegenwärtig werden eine Vielzahl von Moscheen und Einrichtungen dem salafitischen Spektrum zugeordnet. Hierzu zählen unter anderem folgende Einrichtungen: „Einladung zum Paradies“ in Mönchengladbach, „Die Wahre Religion“ im Raum Köln/Bonn, „Helfen in Not e.V.“ in Neuss, „Dawa ffm“ in Frankfurt/Main oder die hauptsächlich über das Internet vernetzte Gruppen „Tauhid Germany“ oder „Ansarul Aseer“. Im Jahr 2012 wurde der Verein „Millatu Ibrahim“ mit seinen 50 Mitgliedern nach öffentlichen Ausschreitungen in Solingen und Bonn verboten.

Dabei ist es salafitischen Strömungen vor allem gelungen, durch die Missionierungs-Kampagne „Lies“ eine hohe Anzahl von jungen Menschen, MuslimInnen oder Nicht-MuslimInnen, in ihre Fänge zu ziehen. Im Herbst 2011 inszenierte Ibrahim Abou-Nagie, einer führenden Köpfe der Salafi-Bewegung in Deutschland, die bundesweit anlegte „Lies!“-Kampagne in deutschen Fußgängerzonen. Sein Netzwerk „Die Wahre Religion“ (DWR) initiierte in zahlreichen deutschen Städten eine breite kostenlose Verteilaktion der deutschen Übersetzung des Korans.

Viele Jugendliche fühlen sich bei dieser Aktion dazu berufen, den sog. Islam in das „richtige Licht“ zu rücken und einer vorherrschenden „Islamfeindlichkeit“ entgegenzuwirken. Sie sehen die Muslime durch die Medien und den Westen falsch dargestellt und fühlen sich in ihrer Identität als Muslim von der Gesellschaft und der Politik diffamiert. Problematisch bei dieser Aktion ist nicht der Umstand der kostenlosen Verteilung des Korans, sondern dass das Netzwerk des DWR zum radikalen salafitischen Spektrum gehört (vgl. Dantschke, 2014, S.176).

Fakt ist, dass dieses Netzwerk im Internet, wo zahlreiche Predigten abrufbar sind, in pseudo Syrien-Benefiz-Veranstaltungen den Märtyrertod im Dschihad verherrlicht. Über solche Predigten gelingt es dem Netzwerk schrittweise, Jugendliche in ein autoritäres, auf Abgrenzung und Feindbilder konstruierendes Islamverständnis heranzuziehen und zu radikalisieren.

Von links: Holger Vermeer (Regionalleiter IG BAU Rheinland und stellvertretender Vorsitzender des Kumpelvereins), Barbara Tschirner (Leiterin der IG BAU Bildungsstätte Steinbach), Carsten Burkhardt (Mitglied des IG BAU Bundesvorstandes), Klaudia Tietze (Geschäftsführerin des Kumpelvereins), Giovanni Pollice (Vorsitzender des Kumpelvereins).

Der DWR ist es binnen kurzer Zeit gelungen, auch das sich von politischer Gewalt distanzierende missionarische Feld des Salafismus zu unterwandern. Als Erfolg kann das Netzwerk verbuchen, dass es ihr gelungen ist, muslimische aber auch nicht-muslimische Kreise zu erreichen und zu mobilisieren, wobei ihre DWR-Facebook-Fangemeinde innerhalb von drei Jahren von ungefähr 8.000 auf etwa 58.000 Mitglieder anstiegen ist (vgl. Dantschke, 2014 S.176).

Zu den bekanntesten Gesichtern der salafistischen Szene in Deutschland gehören die Deutsch-Konvertiten Pierre Vogel, Sven Lau, der Deutsch-Palästinenser Ibrahim Abou Nagie sowie der Deutsch-Syrer Hassan Dabbagh. An große Prominenz gelangte jedoch der radikal und besonders gewaltbereite Deutsch-Ghanaer und ehemalige Rapper Denis Cuspert. Cuspert kämpft mittlerweile als Dschihadist für die Terrororganisation "Islamischer Staat" in Syrien und im Irak (vgl. Schneiders, 2014, S.20). Besonders abscheulich sind Videos, die Cuspert bei der Begehung von Gewalttaten an Menschen sowie auch an Leichen in Syrien und im Irak zeigen. Die amerikanische Regierung hat Denis Cuspert 2015 als Top-Terrorist auf ihre Fahndungsliste gesetzt.

Die Ideologie der rechtsextremen „Grauen Wölfe"

Die ideologisch-politische Umformung der MHP in eine rechtsextrem-nationalistische Partei stützt sich auf die 60er Jahre. So stellt Necdet Sevinç, einer der führenden Ideologen der MHP, die Grundsätze der Grauen Wölfe zur Ideologie, Politik, Strategie und Taktik folgendermaßen dar: „Ein Idealist [Ülkücü] ist in der Regel nicht ein Mann des Denkens, sondern immer ein Mann der Aktion (…) Alle Denkweisen, alle Handlungen und alle Meinungen, die von Handlungs- und Denkweise der Idealisten abweichen, besitzen keine Gültigkeit." (Aus: Ülkücüye Notlar [Notizen an einen Idealisten]. Istanbul (o.J.), S. 28). Die rechtsextrem-faschistoide Bewegung in der Türkei stützt sich ideologisch auf ein Konglomerat von verschiedenen nationalistischen und islamistischen Diskursen. So spiegeln sich diese Diskurse auch in den unterschiedlichen rechtsextremen und islamistischen Bewegungen und Organisationsformen wieder:

- **Idealistischer Nationalismus (Ülkücülük):** Ausgangspunkt der politischen Ideologie der MHP ist ein vom Panturanismus geprägter idealistischer Nationalismus. Dieser beinhaltet einen ausgeprägten „Rassismus" gegenüber allen nicht-türkischen Bevölkerungsteilen, insbesondere gegen die Minoritäten im eigenen Land.

- **Antidemokratische Grundhaltung:** Im Zentrum der ideologischen Ausprägung der MHP wird eine vielseitige Propaganda gegen Linke, Sozialisten und Kommunisten, aber auch gegen demokratische Institutionen, wie z.B. Gewerkschaften, wissenschaftliche Institutionen u.ä. betrieben.

- **Islam:** Im Laufe der mehr als 35jährigen Geschichte der MHP wurde die Frage des Islams in verschiedenen Phasen unterschiedlich akzentuiert. In der Gründungsphase wurde der Islam als Kernelement von der politischen Führung der MHP eher abgelehnt. Vielmehr konzentrierte sich die Ideologie der MHP auf die vorislamische Zeit mit ihrer Schamanistischen Religion. Somit ist die Relevanz des Islams für die MHP weniger eine religiöse Frage, sondern leitet sich von „idealistisch" etikettiertem Nationalismus ab. Dabei geht es vielmehr darum, inwieweit der Islam zur Konstituierung des „Türkentums" gehört. Gerade in dieser Frage kam es zu einer Umorientierung, da dieser Punkt stets umstritten war und das Wahlergebnis beeinträchtigte. Zwar stand der „idealistische" Nationalismus weiterhin im Zentrum der MHP-Ideologie, doch gewann der Islam eine stärkere Bedeutung. Anfang der 90er Jahre kam es zu einer Abspaltung innerhalb der MHP und es gründete sich die BBP (Große Einheitspartei). Sie vertritt die Auffassung, dass der Islam als zentrales Element stärker mit dem Nationalismus vereint werden muss.

Türkisch-Islamische Synthese (Türk Islam Sentezi)

Das Konzept der „Türkisch-Islamischen Synthese" als gegenwärtiges Kernideologem des türkischen Rechtspopulismus und -nationalismus wurde in den 70er Jahren im Umkreis der „Vereinigung für die Verbreitung von Wissenschaft" (İlim Yayma Cemiyeti) und später in den Kreisen des „Heims für Intellektuelle" (Aydınlar Ocağı) entwickelt. Dieser von offiziellen Kreisen in der Türkei unterstützte Zusammenschluss rechtspopulistischer und konservativer Wissenschaftler, Unternehmer und Publizisten verstand sich im Rahmen des gesellschaftlichen Diskurses als ein Gegenpol zu dem Einfluss „linker" Ideen. Die zentrale Kernimplikation der „Türkisch-Islamischen Synthese" ist die Vorstellung der Untrennbarkeit von türkisch nationalen und islamischen Bestandteilen in der türkischen Geschichte. Ferner ist sie der Versuch, eine neue türkische Identität aufzubauen, in der türkisch-nationalistische Elemente mit islamistischen Elementen korreliert und verbunden werden. Politischen Rückhalt findet die „Türkisch-Islamische Synthese" als Kernideologem des Rechtspopulismus, -nationalismus und -islamismus in allen konservativ-nationalistisch und islamistisch orientierten Bewegungen, vom extrem-rechtsextremen Lager bis hin zu national-konservativen sowie islamistischen Parteien.

Die Türkisch-Islamische Synthese versucht neben den moralischen Prinzipien und Tugenden auch einen bestimmten türkischen Typus herauszustellen, nach dem man einen Türken erkennen und definieren soll. So wird der Typus einer türkischen Frau folgendermaßen beschrieben: sie hat eine gewölbte Augenbraue (Hilalkaşlı), Gazellen-Augen (ceylan gözlu), Lippen wie Knospen (gonca dudaklı) und eine Statur wie eine Zypresse (selvi boylu). Der türkische Mann soll folgende Eigenschaften haben: eine Brust wie ein Stier (boğa göğüslü) und einen Rücken wie ein Wolf (kurt belli). Diese Assoziationen sind dahingehend zu deuten, dass die Türken vor der

Annahme des Islams Nomaden waren und eine besondere Beziehung zur Natur hatten. Die Synthese versteht sich keineswegs als eine Reaktion auf andere Theorien, Thesen oder Nationen, sondern als eine Aktion, die auch entstanden wäre, wenn andere Nationen sich nicht zu ihrer Herkunft bekennen würden. Die Synthese geht davon aus, dass alle Nationen und Gemeinschaften besondere Eigenschaften haben, die charakteristisch für sie sind und worauf sie auch stolz sein dürfen. Die Wende zum Islam war insbesondere für die rechtsextreme Bewegung in der Türkei aus zweierlei Gründen nützlich. Zum einen hatte eine ähnliche Form des Nationalismus in der Türkei schon einmal existiert, und man konnte sich auf die historischen Theorien von Historikern wie Ziya Gökalp beziehen, die nach dem großtürkischen Reich Turan strebten. Zum anderen diente die „Türkisch-Islamische Synthese“ als „Rekrutierungsfaktor“ für die Beeinflussung breiter islamischer Teile. So wird bereits seit den 50er Jahren der Islam als sicherer Schutz gegen die „kommunistische Gefahr“ und als wirksamer Faktor für die nationale Einheit angesehen.

Die Neun-Strahlen Doktrin von Alparslan Türkeş

Eines der wichtigsten Kernideologien bzw. Kernprogramme der MHP und der rechtsextremen Bewegung in der Türkei bildet die von Alparslan Türkeş im Jahre 1965 veröffentlichte „Neun-Strahlen-Doktrin“ Türkeş schreibt dazu: „Die grundlegenden Prinzipien und Ziele, die uns zu einer nationalistischen Türkei führen werden, sind in der Neun Strahlen Doktrin aufgezeigt. Unsere Ideologie ist die dynamischste Ideologie unseres Zeitalters, nämlich der Türkische Nationalismus. Ich übergebe euch die Neun Strahlen Doktrin und die Ideologie des türkischen Nationalismus. Ihr werdet es bis zum letzten Schritt verteidigen, es in allen Ecken der Türkei verbreiten.“ Die wichtigste Bedeutung der Neun-Strahlen-Doktrin besteht jedoch in der Festigung der Autorität von Türkeş. Karl Binswanger und Fethi Sipahioğlu stellen in diesem Sinne fest, dass „Diktion und Inhalt (…) in der Tat an Hitlers ‚Mein Kampf‘ erinnern.“

„Europäisches Türkentum“ als rechtspopulistischer Begriff

Innerhalb der türkisch-rechtsextremen Organisationen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren der Begriff des „Europäischen Türkentums“ (Avrupa Türklüğü) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität in Europa geprägt. Damit sind vor allem die MigrantInnen in Europa gemeint, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in Europa festgelegt haben, aber dennoch ihre türkisch-nationalistische Identität weiter verbreiten sollen. In einer Dokumentation der „Türk Federasyon“ heißt es dazu: „Die Türk Federasyon hat für unsere in Europa lebenden Menschen, die bisher als Fremde und manchmal als Deutschländer gerufen wurden, die richtige Bezeichnung des Europäischen Türkentums betont und diese anerkennen lassen.“ Genutzt wurde dieser ideologische Sammelbegriff zuerst durch Alparslan Türkeş, der 1995 auf einer Jahreshauptversammlung der Türk Federasyon diese Bezeichnung geprägt hat. Vor allem möchte man dadurch auch auf die Dauerhaftigkeit der „türkischen Existenz“ in Deutschland aufmerksam machen. Dadurch sollen die türkischsprachigen Einwanderer (vor allem Jugendliche), die mit der Zeit einen Bruch mit dem Türkisch-Sein und allgemein zu den türkisch-nationalen sowie islamischen Werten durchgemacht haben, wieder zu ihren sog. Wurzeln und ethnisch-nationalen Identitäten gewonnen werden.

Politisch gesehen soll durch den Begriff des „europäischen Türkentums“ die Bindung der MigrantInnen zu den nationalen Werten, Tugenden und Institutionen des Heimatlandes gestärkt und in den europäischen Aufnahmeländern der Mobilisierungseffekt für eine starke türkisch-nationale Lobby stabilisiert werden. Der politische Bezug zum Heimatland soll durch eine politische Mobilität im Aufnahmeland weiter entwickelt werden. Insbesondere geht es dabei auch um die Rekrutierung und Motivierung von türkischsprachigen Jugendlichen der zweiten oder dritten Generation, die in diesem Land geboren oder aufgewachsen sind und in häufigen Fällen ein Identitätsdilemma erleben. Sie sollen durch die Prägung dieses Begriffes politisiert und für die türkisch-rechtsextremen Organisationsstrukturen mobilisiert werden.

Türkische Rechtsextreme Dachverbände in Deutschland

ADÜTF (Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa)

Die Türk Federasyon (ADÜTDF, Sitz in Frankfurt/Main) wurde am 18.06.1978 als Auslandsabteilung der MHP mit Sitz in Frankfurt/ Main gegründet. Alte Parteimitglieder und Funktionäre der MHP sitzen in Schlüsselpositionen der Türk Federasyon. Sie strebt, wie ihre Mutterorganisation, ein Großtürkisches Reich an. Auch das „Europäische Türkentum“ wird als Glied dieses Großtürkischen Reiches angesehen. Angeschlossen sind die ADÜTDF mit ca. 200 Vereine, die gezielt als Eltern-, Kultur-, Jugend- und Sportvereine sowie als Moscheen agieren. Als politisches Forum werden auch Ausländerbeiräte und Integrationsräte genutzt.

ATIB (Türkisch Islamische Union Europa)

Die ATIB (Sitz in Köln) ist eine Abspaltung aus der Türk Federasyon. Während der 80er Jahre kam es parallel zu der Islamisierung der MHP in der Türkei auch in Deutschland zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen MHP-Flügeln. Im Oktober 1987 spaltete sich schließlich der frühere ADÜTDF-Vorsitzende Musa Serdar Celebi von der Türk Federasyon und gründete die ATIB. Die ATIB, der ca. 100 Vereine angehören, propagiert den Islam als konstituierendes Element des Türkentums. Gute Kontakte hat sie zur CDU/CSU, FDP, zum Rat Türkischer Staatsbürger und zum Zentralrat der Muslime in Deutschland.

ATB/ANF (Föderation der Weltordnung in Europa, neu: Europäisch Türkische Union)

Die ATB/ANF hat sich als Auslandsabteilung der BBP (Große Einheitspartei) etabliert, die sich in der Türkei 1992 von der MHP abgespalten haben. Ihr gehören in Deutschland ca. 30 Vereine an. Sie versucht die islamistische Komponente mit dem historisch-politischen Ursprung des türkischen Nationalismus zu vereinen. Die ATB versucht vor allem Jugendliche zu gewinnen und ihnen eine nationale und islamische Erziehung zukommen zu lassen. Sie organisiert sich vor allem in Form von Eltern-, Kultur- und Sportvereinen sowie als Moscheen.

Selbstethnisierung als Reaktion auf Diskriminierung und Zuschreibungen

Das Resultat von Verflechtungen, Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen hierzulande bilden für viele eine Negativspirale: Je mehr sich Angehörige der Mehrheitsgesellschaft gegenüber ZuwandererInnen abschotten, desto mehr verstärkt sich auch der Rückzug der ZuwandererInnen aus den Strukturen und Werten der Aufnahmegesellschaft. Gegenüber der „Fremdethnisierung“ der Mehrheitsgesellschaft ist ein Rückzug von MigrantInnen in die eigenen „ethnischen Nischen“ zu verzeichnen – eine Art „Selbstisolation“. Dieser Prozess ist als eine Reaktion auf ethnisierende Zuschreibungen zu verstehen. Gerade in einem solchen Klima bedingen sich Fremd- und Selbstethnisierung gegenseitig: Durch vielseitige ökonomische, politische und soziale Differenzierungen hindurch werden die MigrantInnen kollektiv zu im Grunde fiktiven Gemeinschaften und als solche zu einer ethnischen Auseinandersetzung mit der Aufnahmegesellschaft gedrängt. Dies führt größtenteils dazu, dass sie sich verstärkt von den Werten dieser Gesellschaft verabschieden und ihre Identität in den ethnischen Strukturen und in entsprechenden Überlieferungen wieder finden. Die Sozialwissenschaftler Wolf-Dietrich Bukow und Roberto Llaryora gehen sogar davon aus, dass ethnische Minoritäten sich unter den Bedingungen der Marginalisierung und Ausgrenzung „selbst“-ethnisieren bzw. ethnisch re-definieren: „Infolgedessen werden Migrant_innen, die aus eher peripheren Zonen kommen, und im Zentrum solche Bestände reaktivieren; es werden Italiener oder Türken in der Bundesrepublik eine intensive Religiosität zeigen, sie werden sogar religiöser werden als sie früher jemals waren.“ (Bukow/Llaryora 1988, S. 45).

Dieser wechselseitige Prozess der Ethnisierung funktioniert beispielsweise auch durch die Medienberichterstattung, die dazu beiträgt, verschiedenen ethnisch definierten Bevölkerungsgruppen bestimmte Merkmale zuzuschreiben. Diese Merkmale verfestigen sich im öffentlichen Bewusstsein zu negativen Fremdbildern und werden als Klischees wahrnehmungs- und handlungsleitend. Dies wirkt sich z.B. in der Diskussion über das Scheitern der „multikulturellen Gesellschaft“, in der Debatte um Jugendkriminalität oder nicht zuletzt in der Islam-Diskussion wieder.

Bei Migrationsjugendlichen, die hier geboren und aufgewachsen sind, drückt sich ebenso ein Identitätsdilemma besonders stark aus. Wohin gehören sie? In die Aufnahmegesellschaft, von der sie abgewiesen werden? Oder in die Ethnie, in der sie für manche als „Deutschländer“ („Alamanci“) gelten? Gerade die verweigerte Anerkennung der eingewanderten Minoritäten begünstigt diese bedrohliche Politisierung ethnischer Differenzen.

Auch wenn viele Jugendliche aus Köln, Hamburg, München oder Nürnberg nicht wissen welche politische Ideologie und Praxis die Grauen Wölfen vertreten, beteiligen sich viele an der nationalistischen Mobilmachung. Großen Zulauf erhalten sie vor allem, wenn die nationalistische Stimmung bereits besonders aufgeheizt ist und Konflikte aus dem sog. „Mutterland Türkei“ transportiert werden. Im Zuge der rassistisch motivierten Brandanschläge in Mölln und Solingen sowie der Auseinandersetzungen mit der Kurden- und Armenier-Thematik zeigten sich nationalistische Mobilmachungen und auch deutsch-türkische Rap-Gruppen wie Cartel u.ä. beeinflussten mit nationalistischen Texten muslimische Jugendkulturen. Hinzu kommen gegenwärtig auch bestimmte Mobilisierungsoffensiven durch neue Medien, wie web 2.0 und verschiedene Internetforen.

Für eine interkulturelle und antirassistische Jugendbildungsarbeit

In der Analyse der politischen Einstellungen der türkeistämmigen Jugendlichen wird deutlich, dass gerade in der Jugendarbeit interkulturelle und antirassistische Aspekte eine immer stärker werdende Bedeutung einnehmen. Daher werden in der antirassistischen Arbeit mit Migrationsjugendlichen, die mit ethnisch-ultranationalistischen Ideologien konfrontiert sind, dringend pädagogische und bildungspolitische Präventions- und Interventionsansätze benötigt, die antirassistisch ausgerichtet sein müssen. Die gegenwärtige Jungenarbeit zielt auf Prävention ab, um Konflikte und Krisen von vorneherein zu verhindern. Vor allem ist es für die gegenwärtige pädagogische Arbeit wichtig, dass sich in einem solchen Zusammenhang alle entsprechend ihrem Kontext aktiv beteiligen: die Jugendlichen und Heranwachsenden (als Handelnde), die Bezugspersonen, Pädagogen (als AkteurInnen und BeobachterInnen erster Ordnung) sowie Politiker u. a. (als AkteurInnen und BeobachterInnen zweiter Ordnung). Diese Ansätze sind vielversprechend, weil hier die involvierten Jugendlichen nicht als „Objekt", sondern als Partner ernst genommen werden.

Antirassistische und interkulturelle Praxisansätze in der Jugendarbeit sollten in ihren Inhalten jede mögliche Form von Rechtsextremismus und Ultranationalismus zwar ablehnen, aber die Jugendlichen mit Migrationshintergrund dabei nicht vorschnell etikettieren. Vielen Migrationsjugendlichen ist es nicht bewusst, welche ideologischen Konstellationen sich hinter diesen Organisationsformen verbergen. Meist sind es auch Stigmatisierungserfahrungen, die sie zur Suche nach Gemeinschaften drängen, in der ihre Identitäts- und Zugehörigkeitsdiffusion scheinbar überwunden wird. Aber auch familiäre und gruppenspezifische Motive führen dazu, dass rechtsextrem-islamistische Organisationen als Anlaufstelle fungieren. Vor diesem Hintergrund sollten in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen kulturelle oder religiöse Eigen- und Besonderheiten weniger als Problem denn als Kompetenz und Bereicherung anerkannt werden. Gerade in der Verbindung von geschlechterbezogener und interkultureller Arbeit kann sich die stärkenorientierte Förderung als gewinnbringend erweisen, wie sich bei der flexiblen Gestaltung von kulturell und geschlechtlich geprägten Handlungsmustern bei türkischen Jungen verdeutlichen lässt. Dies geht nur in einem Dialog, in dem kulturell konnotierte Konflikte offen, auf gleicher Augenhöhe und im Bemühen darum behandelt werden, unterschiedliche Perspektiven wahrzunehmen und zu respektieren. Auf diese Weise können pauschale Abgrenzungen von Migrationsjugendlichen in homogene Gruppen („Wir" und „Die") infrage gestellt und gegenseitige Abwertungen vermieden werden. Zudem sollten pädagogische Maßnahmen darauf zielen, dass Jugendliche Erfahrungen von Selbstwirksamkeit machen: Sie sind besonders dazu geeignet, das Individuum unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu stärken.

Diesen Balanceakt herzustellen unter Zunahme des Blickwinkels von existierenden gesellschaftlichen Diskriminierungs- und Ausgrenzungsprozessen aufgrund der kulturellen Herkunft von Jugendlichen erfordert von allen Fachkräften in der (interkulturellen) Jungenarbeit ein hohes Maß an Sensibilität und Kompetenz – insbesondere auch im Kontext der Arbeit mit Jugendlichen, die rechtsnationalistischen Einstellungen nahe stehen. Darüber hinaus geht es aber auch um politische Signale: Die bisherige Praxis stellte „Deutsche" und „MigrantInnen" meist einander gegenüber und war vor allem darauf ausgerichtet, ZuwandererInnen in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Gefordert ist aber vielmehr die Bereitschaft, ernst zu machen mit der „Einwanderungsgesellschaft". Und dabei eröffnet gerade die interkulturelle ausgerichtete Arbeit mit Jugendlichen, die sich unterschiedlichen Herkunftskulturen verbunden fühlen, die Chance, wechselseitigen Zuschreibungen vorzubeugen und miteinander zu lernen, statt nur übereinander zu sprechen.

Literaturhinweise

Aslan, Fikret/Bozay, Kemal (Hrsg.): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland. Unrast (3. Auflage), Münster 2010.

Bozay, Kemal: „..ich bin stolz, Türke zu sein!" Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 2009.

Ceylan, Rauf/Jokisch, Benjamin: Salafismus in Deutschland. Entstehung, Radikalisierung und Prävention. Verlag Peter Lang Edition, Frankfurt 2014.

Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael: Salafismus: Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention. Springer Verlag, Wiesbaden 2013

Dantschke, Claudia. In: Schneiders, Thorsten Gerald: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. transcript Verlag, Bielefeld 2014

Fouad, Hazim: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Herder Verlag, 2014.

El-Gayar, Wael/Strunk, Katrin,(Hrsg.): Integration versus Salafismus. Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2014.

El-Mafaalani, Aladin. In: Schneiders, Thorsten Gerald: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. transcript Verlag, Bielefeld 2014.

El-Mafaalani, Aladin: Die Macht der Provokation – eine andere Perspektive auf den Salafismus. Stand: 19. Dezember 2014. http://www.ruhrbarone.de/die-macht-der-provokation-eine-andere-perspektive-auf-den-salafismus/97300. (abgerufen am 06.08.2015)

Endreß, Gerhard: Der Islam in Daten, Verlag C.H. Beck, München 2006

Görke, Andreas/Melchert, Christopher. In: Schneiders, Thorsten Gerald: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. transcript Verlag, Bielefeld 2014.

Hummel, Klaus/Logvinov, Michail: Gefährliche Nähe. Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. ibidem-Verlag, Stuttgart 2014.

Kaddor, Lamya: Zum Töten Bereit: Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen. Piper Verlag GmbH, München/Berlin 2015.

Kandel, Johannes: Islamismus in Deutschland. Zwischen Panikmache und Naivität. Verlag Herder 2011

Malthaner, Stefan Waldmann Peter: Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen. Campus Verlag. Frankfurt am Main/New York 2012.

Nordbruch, Götz/Müller, Jochen/Ünlü, Deniz. In: Schneiders, Thorsten Gerald: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. ebook transcript Verlag. Bielefeld 2014

Schneiders, Thorsten Gerald: Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. transcript Verlag, Bielefeld 2014

T. Said, Behnam/Fouad, Hazim: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Herder Verlag, 2014

Toprak, Ahmet: Jungen und Gewalt. Wiesbaden: Springer VS, Wiesbaden 2015.

Diskussionsbericht der Moderatorin

Lisa Schmerl

Nach einer kurzen Kartenabfrage wurde schnell klar: die TeilnehmerInnen brannten darauf, sich Wissen rund um das Thema Salafismus anzueignen. Einige von ihnen hatten bereits einen hohen Wissenstand, andere betraten Neuland. So begleiteten Dr. Kemal Bozay verschiedenste Fragen, während seines Vortrags über den Salafismus: „Wo findet der Salafismus seinen Ursprung?“, „Wie groß ist sein Einfluss in muslimischen Gesellschaften?“, „Warum ist er für so viele (deutsche) Jugendliche so anziehend?“, etc. Auf diese und andere Fragen konnte Dr. Kemal Bozay Antworten geben und darüber hinaus vieles Wichtiges und Interessantes vermitteln. Er erklärte Bilder und Rhetorik, die im Salafismus eine Rolle spielen, welche Personen und Regionen von Relevanz sind und dass es verschiedene Strömungen des Salafismus gibt, die auch unterschiedlich radikal sind. Wahrscheinlich hätte Dr. Kemal Bozay stundenlang referieren können und die TeilnehmerInnen hätten genau so lange zugehört und weitere Fragen gestellt. In der anschließenden Austauschs- und Diskussionsrunde teilten die TeilnehmerInnen ihre Erfahrungen rund um den Salafismus und suchten nach Möglichkeiten der Prävention im gewerkschaftlichen Kontext. Relativ schnell gab es den Konsens, dass Gewerkschaften gegen Orientierungs- und Perspektivlosigkeit und sozialen Ausschluss präventiv vorgehen können und sollten. Die Forderung nach freien, sozialen Identitätsräumen und der Wunsch (gewerkschaftliche) Gemeinschaft wieder zu beleben, kamen auf. Auch einig waren sich die TeilnehmerInnen darin, dass Gewerkschaften und ihre Mitglieder eine tatsächliche Haltung gegenüber den verschiedenen Ressentiments entwickeln sollen, wenn dies noch nicht geschehen ist, und diese auch nach außen getragen werden sollte. Gewerkschaften können so sowohl im Großen als auch im Kleinen Vorbilder anbieten, die dringend vermisst werden.

Workshop 3: „Wir sind das Volk!“ – Neue Protestformen von unten

Inputreferat: Woher kommt und wohin geht Pegida?

Felix Korsch

Seit Oktober 2014 demonstrieren in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden – von wenigen Ausnahmen abgesehen: immer montags – die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes. Im ersten Jahr fanden allein dort, wo die Bewegung ihren Anfang nahm, 44 solcher Versammlungen statt, einige mit Teilnehmerzahlen jenseits der Zehntausendermarke. Zumindest zeitweise hat Pegida Massencharakter angenommen und auch, wenn die Mobilisierungen Hoch- und Tiefphasen kennen, ist der Zulauf ungebrochen und von einem baldigen Abflauen des Protests nicht auszugehen.

Eine soziale Bewegung von rechts

Diese Entwicklung ist beispiellos und zwingt uns zu einem Umdenken, denn Pegida ist Protest; aber mit Pegida ändern sich unsere Vorstellungen, wie Protest ausfällt. Dem allgemeinen Verständnis nach handelt es sich um kollektiv und öffentlich geäußerte Kritik an so empfundenen oder tatsächlichen Missständen. Insoweit geht Protest einher mit der Artikulation politischer und gesellschaftlicher Anliegen, auch mit Änderungswünschen, manchmal mit sozialen Utopien. Wenn Protest auf Dauer gestellt wird, wenn er kontinuierlich stattfindet und die, die ihn betreiben, sich zu einem kollektiven Akteur verdichten, sprechen wir von einer sozialen Bewegung. Im Hinblick auf die Bewegungsgeschichte der Bundesrepublik ist hier zu denken an die Arbeiter- und Gewerkschafts-, die Frauen-, Studenten- und Bürgerrecht-, die Umwelt- und Friedensbewegung. Fast alles, was wir an Bewegungspraxis kennen, hat sich – mehr oder weniger – selbst als fortschrittlich, links, alternativ oder pluralistisch verstanden. Der Grund ist, dass sich soziale Bewegungen, mit denen wir es bisher zu tun hatten, vor allem auf universalistische Werte bezogen haben: auf die Gleichheit und Freiheit der Menschen, auf eine Beteiligung aller, auf eine (basis-) demokratische Öffnung von Gesellschaft und Staat.

Auch Pegida übt kollektiv öffentliche Kritik an Missständen, artikuliert auch Änderungswünsche, und das in einer Kontinuität und mit derart vielzähliger Beteiligung, dass es angebracht ist, hier von einer sozialen Bewegung zu sprechen. Fast aus dem Stand ist diese Bewegung, wenn auch umstritten, zu einer der bedeutsamsten außerparlamentarischen Faktoren geworden: Zumal unter den Bedingungen der sogenannten „Asylkrise“ des Jahres 2015 fällt auf, dass viele öffentliche Äußerungen gar nicht umhin kommen, zu bedenken, welche Statements auf welche Resonanzen in Pegida- und angrenzenden bewegungsförmigen Protestspektren stoßen werden. Die Haltung dieses Bewegungsraums ist nun aber keineswegs auf universalistische Werte bezogen. Sondern die Themen und Parolen, die auf die Straße drängen, gehen ganz ausdrücklich in die Richtung, religiöse, ethnische und soziale Minderheiten aus nationalistischen, teils wohl auch rassistischen Gründen aus der Gesellschaft ganz fern zu halten oder aus ihr auszuschließen. Auch wenn der Pegida-Protest äußerst vielstimmig ist, lässt sich deutlich erkennen, dass sich diese Bewegung gegen Flüchtlinge, Migranten und Muslime richtet. Wo am Anfang abstrakt von „Islamisierung“ gesprochen wurde, ist jetzt – mit einem ausgemachten Kampfbegriff der extremen Rechten – von einer „Überfremdung“ die Rede. Es fällt darüber hinaus auf, dass sich Pegida unter der Parole „Volksverräter“ weit stärker, als gegen „die Regierung“, gegen sozialdemokratische, linke und grüne (Oppositions-) Politik richtet, wozu auch Gewerkschaften gezählt werden – und außerdem gegen ungenehme Medien.

Nach der inhaltlichen Seite ist die Pegida-Bewegung also gar nicht neu, sondern ein Schnittpunkt und Verstärker geradezu „klassischer“ Themenfelder und Feindbilder der nationalkonservativen bis extremen Rechten. Allerdings war dieses Spektrum bisher kaum massenfähig. Pegida ähnelt dem, worüber zuletzt Anfang bis Mitte der 1990er Jahre angesichts einer Eskalation rechter Gewalt gesprochen wurde: eine soziale Bewegung von rechts. So eine Bewegung geht, damals wie heute, mit einer aggressiven, teils auch gewaltförmigen Eskalation gesellschaftlicher Konflikte einher. Bis vor kurzem war damit nicht zu rechnen.

Ausweitung des Protestspektrums

Das unbestrittene Gravitationszentrum dieser ganzen Bewegung ist die Stadt Dresden. Es kursieren verschiedene Erklärungsansätze für diese Ortsbindung, die von einer schwachen Zivilgesellschaft, der vergleichsweise konservativen Prägung der Bürgerschaft bis hin zu einer etliche Jahre währenden „Gewöhnung“ an Neonaziaufmärsche – jeweils Mitte Februar zum „Gedenken“ an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg – reichen. All das ist wahr. Offensichtlich wahr ist außerdem, dass die Aversion gegen Migranten und Muslime gerade dort besonders ausgeprägt ist, wo es von beidem äußerst wenige gibt, wo Erfahrungen einer Migrationsgesellschaft nicht nur kaum gemacht wurden, sondern wo zumindest ein Teil der Bevölkerung solche Erfahrungen vehement

abwehren will. Das ist auch in anderen Orten zu beobachten. Der Pegida-Bewegung in Dresden kommt am Ende die schlichte Tatsache entgegen, dort begonnen und dadurch einen Mobilisierungsvorsprung gewonnen zu haben, der sich durch eine Gegenmobilisierung bisher nicht einholen ließ.

Trotzdem ist es ein falscher Reflex, Pegida zu einem vor allem sächsischen oder auch ostdeutschen Problem zu erklären. Betrachten wir die Hochphase der Bewegung, ihr erstes halbes Jahr, so gab es bundesweit rund 250 Pegida-ähnliche Demonstrationen in 40 Orten. Mitte und Ende Januar 2015 wurde sogar zeitgleich in bis zu 20 verschiedenen Orten im Sinne Pegidas demonstriert. Entgegen der Erwartung verteilen sich diese Zahlen jeweils zur Hälfte auf Ost- und Westdeutschland. Das heißt: Die sogenannte Angebotsstruktur ist bundesweit stark ausgeprägt. Der Unterschied liegt in der Nachfrage: Im ersten halben Jahr beteiligten sich an Pegida-ähnlichen Demonstrationen in den Alten Bundesländern zusammengenommen rund 22.000 Personen. Im gleichen Zeitraum ist in den Neuen Bundesländern – hier überwiegend in Sachsen – ziemlich genau das Zehnfache zusammengekommen, also etwa 220.000 Menschen. Diese enorme Zahl geht in der Tat auf die Zugkraft des Dresdner „Originals“ zurück. Es wird ständig imitiert, ließ sich aber nicht dauerhaft auf andere Städte übertragen, nicht einmal in Sachsen.

Dennoch wirkt das Vorbild, gibt es einen weitreichenden „Pegida-Effekt“: Allein in Sachsen hat sich seit Beginn der Pegida-Versammlungen die aus Vorjahren „gewohnte“ Zahl der Protestereignisse – die illegalen noch gar nicht mitbedacht – ungefähr verfünffacht. In den vergangenen Jahren beteiligten sich recht konstant jeweils 20.000 bis 25.000 Menschen an „klassischen“ Neonaziaufmärschen im ganzen Bundesgebiet. Mit Ablauf des Jahres 2015 aber wird sich zeigen, dass diese Sorte Demonstrationen geradezu marginal erscheint im Vergleich mit der um Größenordnungen höheren Mobilisierungsleistung, die im Pegida-Spektrum möglich ist. Wir haben es mit einer dramatischen Ausweitung des Personenpotentials zu tun, das bereit ist, gegen Geflüchtete, Muslime, gegen die Religionsfreiheit und das Asylrecht zu agitieren. Das war bisher die Domäne er extremen Rechten, des neofaschistischen Spektrums und der Neonaziszene. Wo wir inhaltlich auf Bekanntes stoßen, erkennen wir das Neue daran, wie sich rechte Protestthemen verselbständigt haben und in kurzer Folge immer neue Protestakteure auf den Plan treten, denen es gelingt, genau damit Anschluss an Stimmungslagen in der „Mitte der Gesellschaft“ zu finden. Bis vor kurzem war das nur eine Befürchtung.

Günstige Umstände

Pegida hat einen besonders raschen Aufstieg genommen, aber diese Bewegung ist nicht aus dem Nichts gekommen. Vielmehr sind seit einigen Jahren Entwicklungen zu beobachten, die als Symptome gesellschaftlicher Verschiebungen verstanden werden können. Solche Entwicklungen lassen sich auf diskursiver Ebene gut verfolgen; sie werden oft symbolisch festgemacht an der Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Deutschland schafft sich ab im August 2010 und der nachfolgenden „Sarrazin-Debatte“. Für deren außerordentliche Reichweite und die Popularität der vermarkteten Themen spricht, dass dieses Buch nicht ein Beststeller unter anderen ist, sondern mit seiner Millionenauflage zu einem der erfolgreichsten Politiksachbücher in der Geschichte der Bundesrepublik wurde. Es gab viele Gegenstimmen, die aus guten Gründen gegen Sarrazins Thesen argumentierten, aber auf eine ähnliche weite Verbreitung konnte keine dieser Gegenstimmen hoffen. Auf Sarrazins Stimme kommt es hier nicht an, sondern auf die Wirkung, mit der zu rechnen ist: dass sich die „Grenze des Sagbaren“ verschiebt, auch in Richtung der Menschenwürde. Erinnert sei hier an den ebenfalls erfolgreichen Buchautor Akif Pirinçci, der zuletzt bei Pegida mit seiner vulgären „KZ-Rede“ auffiel. Erinnert sei aber auch an die Rhetorik, mit der selbst Köpfe von Regierungsfraktionen eine Asyldebatte zu führen bereit sind.

Daneben existiert ein markantes Anzeichen für eine Änderung im politischen System. Während lange Zeit das Bonmot von Franz-Josef Strauß galt, rechts von der Union komme „nur noch die Wand“, sodass keine Rechtspartei auf Dauer erfolgreich sein könne, gibt es seit Anfang 2013 mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Ausnahme von der Regel. Binnen kürzester Zeit ist es dieser Partei gelungen, in die Landtage von Sachsen, Thüringen und Brandenburg, die Bürgerschaften von Hamburg und Bremen sowie in das Europaparlament einzuziehen. Anfang 2015 durchgeführte Studien konnten belegen, dass das Spektrum der Pegida-Teilnehmer der AfD

außerordentlich zugetan ist, und zumindest für eine Weile sahen AfD-Spitzenfunktionäre in Pegida nicht nur ein mögliches Wählerreservoir, sondern einen „natürlichen Verbündeten“ (Alexander Gauland) oder einen außerparlamentarischen Arm. Es verdient besondere Beachtung, dass der Aufstieg von Pegida und AfD – zweier sich inhaltlich durchaus ähnlicher, neu entstandener politischer Akteure – auch zeitlich nahe beieinander liegt. Es ist derzeit noch offen, inwieweit es durch die synchrone Basiswirkung Pegidas gelingt, der Partei einen Resonanzboden zu weiten. Ein deutliches Anzeichen dafür sind Umfragewerte, wonach die AfD in der „Sonntagsfrage“ Mitte 2015 bundesweit auf bis zu drei Prozent abgefallen war. Binnen eines Quartals hat sich der Stimmenanteil schon mehr als verdreifacht. Die Partei machte sich in dieser Zeit, wie auch Pegida, die von vielen Seiten zugespitzte Asyldebatte zunutze. Das gleiche wird durch die extreme Rechte betrieben, auch durch das neonazistische Spektrum. Auch in diesem Bereich, der für radikalisierte Begleiterscheinungen des aktuellen Protesthandelns nicht unwesentlich sein dürfte, begegnet uns seit wenigen Jahren ein Strukturwandel: Die NPD einerseits büßt aktuell ihre Rolle als wenigstens landespolitisch relevanter Akteur ein und sie hört auf, ihren Anspruch zu erfüllen, „führende Kraft im nationalen Lager“ zu sein. Die Neonaziszene andererseits hat gegenwärtig keine bestandsfähigen Organisationsoptionen anzubieten und sie ist damit gescheitert, die Merkmale einer sozialen Bewegung auf Dauer selbst hervorzubringen. Entstanden ist dafür ein neues Protestformat: die „Nein zum Heim“-Kampagne, die in dem schlichten Versuch besteht, in einzelnen Orten „Bürgerinitiativen“ gegen Asylsuchende und deren Unterbringung zu initiieren oder anzuleiten. Diese Taktik, die konzertiert seit dem Jahr 2013 beobachtet werden kann, ist in genau in der Phase erfolgreich geworden, in der ab Herbst 2014 Pegida erfolgreich wurde. Mitunter gelingt es „Bürgerinitiativen“, für äußerst lokale Protestgelegenheiten besonders viele Personen aus dem Spektrum anzuziehen, das sich Pegida verbunden sieht – und umgekehrt. In einigen Gegenden – darunter Thüringen – sind Akteure aus dem neonazistischen Spektrum damit so erfolgreich, dass sie es sind, die örtliche Pegida-Ableger betreiben.

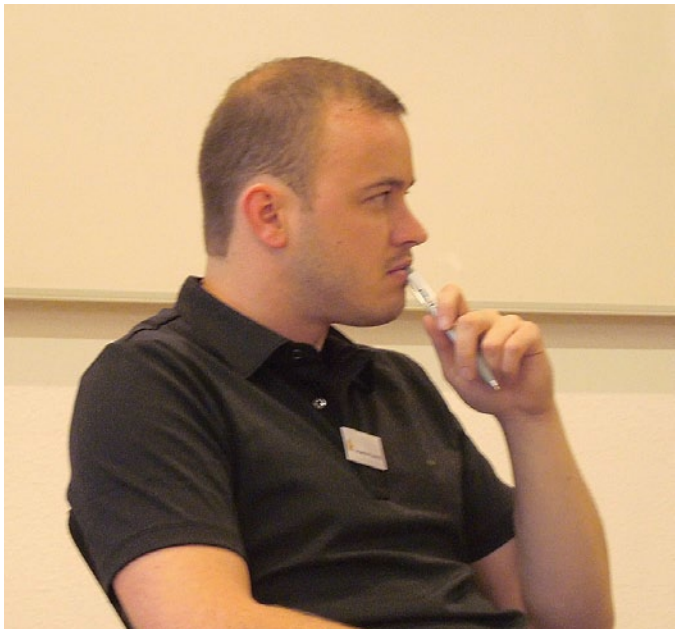
Davon abgesehen ist es bemerkenswert, dass sich Protestereignissen, die Merkmale extrem rechter Mobilisierungen aufweisen, mithin Personen anschließen, die mehrheitlich nicht dem Spektrum der extremen Rechten entstammen, die weder an entsprechende Parteien, noch an neonazistische Netzwerke gebunden sind. Offensichtlich gibt es im gleichen Personenkreis mehrheitlich keine erkennbare Besorgnis über Einflüsse der extremen Rechten. Hierin liegt die Verschiebung, die Beachtung verdient: Sie zeigt den Versuch an, das Kontinuum der extremen Rechten auszuweiten in Richtung von Kreisen, von denen bis vor kurzem weder eine Protestaktivität anzunehmen gewesen wäre, noch, dass dies gemeinsam mit

Akteuren der extremen Rechten betrieben wird. Hierfür gibt es weitere Beispiele, darunter die Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa). Zumindest in einigen Orten war anhand der Neuen Friedensbewegung mit ihren „Montagsmahnwachen“ eine Koalition von Pazifisten und Nationalisten entstanden. Akteure aus solchen Spektren tauchen im Umfeld der Pegida-Bewegung (wieder) auf, teils sogar als Führungspersonen. Mit Pegida finden solche „Teilbewegungen“ eine gemeinsame politische Plattform. Gegenstimmen, die aus guten Gründen gegen die soziale Bewegung von rechts argumentieren, ist es nicht gelungen, eine ähnlich effektive Plattform zu erschließen.

Alle sind gefragt

Welches Einschreiten ist geboten? Eine Erfahrung nach gut einem Jahr Pegida lautet: Prävention braucht Zeit, aber jetzt gefragt ist Intervention. Wo ein Gegenprotest überwiegt, brechen rechte Mobilisierungen wieder zusammen. Wo ein Gegenprotest nicht überwiegt, kann er sich dennoch noch daran machen, rechte Mobilisierungen nicht dadurch zu erleichtern, dass man sie unwidersprochen geschehen lässt. Genau diesen Fehler hat die deutsche Innenpolitik begangen: Die mit Pegida einhergehenden Entwicklungen sind zunächst und in mehreren Bundesländern bis heute nicht als das innenpolitische Risiko erkannt worden, das sie sind. Der Versuch, so viel wie möglich über Pegida zu lernen, kann eines Besseren belehren; hier sind Wissenschaft und Zivilgesellschaft gefragt. Und alle anderen sind schließlich gefragt, rassistischer Hetze zu begegnen, wo immer sie auftritt, ob im Privaten, ob am Arbeitsplatz, sei es gar im digitalen Raum.

Es wird jahrelang dauern, das, was Pegida losgetreten hat, wieder einzufangen. Daher sollte man sich daran gewöhnen, das Selbstverständliche zu verteidigen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Opfer von Diskriminierung, Hetze und Gewalt verdienen unsere Solidarität.



Diskussionsbericht des Moderators
Sebastian Ramnitz

„Wir sind das Volk!“: Neue Protestformen von unten – ein Workshop, der viel Raum zur Diskussion gab, gerade in Zeiten, in denen wo täglich bis zu 15 fremdenfeindliche Demonstrationen im Bundesgebiet stattfinden. Nun ging es einerseits um die Entstehung und Entwicklung von HoGeSa, Pegida, AfD & Co., aber viel mehr auch um die Frage, welche Konsequenzen dieses gesellschaftliche Phänomen für Aktive hat, die im gewerkschaftlichen Kontext aktiv sind. Dies zu beantworten war für die TeilnehmerInnen einfach: Haltung zeigen, sich positionieren und standhaft bleiben. Doch um dieses umzusetzen reicht das Herausbringen einer Resolution allein nicht, es geht um gesamtgesellschaftliche Gestaltung der Demokratie, es geht um das Übernehmen von Verantwortung und somit das Aufzeigen von genau dieser Relevanz!

Die Workshop-TeilnehmerInnen waren sich einig, dass Gewerkschaften als fester und stabiler Anker in Zeiten von Unsicherheit stehen müssen. Nur so können sie ihren Mitgliedern, aber auch darüber hinaus, Sicherheit vermitteln und ihnen dort Kraft geben, wo sie derzeit am nötigsten ist – am Stammtisch! Dabei darf nicht vergessen werden, dass der heutige Stammtisch sich im gesamten öffentlichen, aber auch im betrieblichen Raum befindet. „Wir müssen dem sich selbst zuschreibenden Volk deutlich machen, dass sie nicht DAS Volk sind, sondern dass WIR eine bunte, tolerante, fremdenfreundliche und demokratische Bevölkerung sind, die diese Werte mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen werden!“, so das Fazit der Teilnehmenden.

Schlusswort
Klaudia Tietze

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wenn wir in einer offenen und von Akzeptanz geprägten Gesellschaft leben mochten, müssen wir aktiv bleiben. Diese offene Gesellschaft ist sehr anspruchsvoll. Sie verlangt von uns, dass wir eine Gemeinschaft der gleichberechtigten Verschiedenen in einem demokratischen Prozess bilden. Dabei beobachten wir, dass nicht die Suche nach Gemeinsamkeiten, sondern der alltägliche Rassismus, der Menschen nach Abstammungskriterien, Aussehen, Sprache und kultureller Zuschreibung als „wir“ oder „die Anderen“ definiert und Rechte zuspricht, zunehmend diesen Prozess beeinflusst. Die offene Gesellschaft verlangt gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, die in Deutschland leben und ankommen. Viele sind jedoch nicht nur dazu nicht bereit, sondern fürchten, ihren Wohlstand zu Gunsten der EinwanderInnen zu verlieren.

Die Sehnsucht nach Eindeutigkeit vieler Menschen, die sich in der modernen Gesellschaft nicht zurecht finden können sowie der Wohlstandschauvinismus, werden von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen genutzt, um die eigenen menschenverachtende Ideologien durchzusetzen. Diese Entwicklungen müssen wir stoppen!

Wir müssen als gewerkschaftliche Gemeinschaft ein fester und stabiler Anker in Zeiten von Unsicherheit bleiben. Das ist die Botschaft, die wir gemeinsam erarbeitet haben und von dieser Tagung aus an alle unseren Kolleginnen und Kollegen senden.

An dieser Stelle bedanken wir uns bei den ReferentInnen für die vielen inhaltlichen Impulse und bei den ModeratorInnen für die Ausgestaltung der Diskussionen. Wir bedanken uns beim Team der IG BAU Bildungsstätte Steinbach, das uns einen familiären Aufenthalt ermöglicht hat. Vor allem bedanken wir uns aber bei den TeilnehmerInnen, für die konstruktiven Diskussionsbeiträge und die offene Atmosphäre während unserer Tagung.

Dr. Klaudia Tietze
Geschäftsführerin

Unterstütze uns!

Wir sind ein Verein, der sich für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus einsetzt; insbesondere in der Arbeitswelt. Unser Verein wurde im Jahre 1986 von der Gewerkschaftsjugend gegründet und wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften unterstützt. Somit sind wir eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland.

Um unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können, brauchen wir Deine finanzielle und ideelle Unterstützung! In Form einer Fördermitgliedschaft als auch durch eine Spende, durch die Werbung weiterer Förderinnen und Förderer, durch das Tragen des Ansteckers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Unsere Bankverbindung
Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
BIC: NOLADE2H (NORD/LB)
IBAN: DE17 2505 0000 0152 0339 99

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden.

Fördermitgliedschaft

Mit einer jährlichen Spende kannst Du den Verein als Fördermitglied unterstützen und an vielen Aktivitäten teilnehmen. Die Fördermitglieder erhalten regelmäßig Informationen über die Aktivitäten des Vereins. Der Mindestbeitrag beträgt 36 Euro im Jahr. Ein höherer Beitrag ist sehr willkommen.

Ja, ich möchte Fördermitglied werden. Mein Förderbeitrag beträgt ☐ 36 Euro, ☐ 50 Euro, ☐ 75 Euro, ☐ 100 Euro, ☐ Euro und wird jährlich zu Lasten meines Kontos durch Lastschrift eingezogen.

☐ Ja, ich möchte mich aktiv engagieren.

Name:
Vorname:
Straße:
PLZ/Ort:

Organisation/ Gewerkschaft:
Funktion:
Telefon:
E-Mail:
Geburtsdatum:

Einverständniserklärung (Zutreffendes bitte ankreuzen.)

☐ Ich bin damit einverstanden ☐ Ich bin NICHT damit einverstanden, dass ich mit Name, Vorname, Gewerkschaftszugehörigkeit, Funktion und Wohnort als Fördermitglied in „Aktiv + Gleichberechtigt“ (Print-, Webseite- und E-Mail-Version) erwähnt werde.

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE40GHF00000595799

SEPA-Lastschriftmandat (Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.)

Ich ermächtige »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.«, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.« auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber:
Straße:
PLZ/Ort:
IBAN: D E
BIC:
Ort/Datum:
Unterschrift:

Werde aktiv und nutze unser Angebot!

Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Beseitigung von Diskriminierung bleibt ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Ungleichbehandlung in Betrieben und Verwaltungen, fremdenfeindliche Schmierereien oder rechte Stammtischparolen am Arbeitsplatz oder in der Schule kommen immer wieder und überall vor. Daher machen Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus immer Sinn – auch wenn es im Alltag noch andere Probleme gibt.

Werde aktiv und nutze unser Angebot!

Informieren und Vernetzen

Anregungen für Deine Aktivitäten kannst Du Dir auf unserer **Webseite** holen. Dort warten auf Dich u.a. unser **Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“** (auch als Print- und E-Mail-Version erhältlich) und die **Good Practice Datenbank**. Hier findest Du Informationen zu Initiativen und Projekten aus Gewerkschaften, Unternehmen, kleineren und mittleren Betrieben, Verwaltung, Berufsschulen/-kollegs, aber auch Bildungsangebote der Gewerkschaften und viele Studien und Handreichungen. Im Passwortgeschützten **Forum** kannst du dich mit Kolleginnen und Kollegen austauschen, Aktionen planen und noch mehr Ideen für Deine Arbeit gegen Diskriminierung und Rassismus holen!

Engagement anregen, Engagement auszeichnen

Du, Deine Berufsschule, Dein Berufskolleg oder Betrieb können an unserem **Wettbewerb „Die Gelbe Hand“** teilnehmen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander setzen! Attraktive Preise warten auf Dich!

Fachwissen teilen

Für Deinen Betrieb, Gewerkschaft, Berufsschule/-kolleg oder Organisation bieten wir **Veranstaltungen und Vorträge** rund um Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gleichbehandlung in der Arbeitswelt an. Wir entwickeln auch **Bildungsmaterialien**, die in Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und JAV-Seminaren eingesetzt werden können. Ruf uns an, wie beraten dich gerne auch telefonisch.

Zeichen setzen

Unser **Logo**, die Gelbe Hand, kannst Du auf Plakate, Flyer oder Broschüren setzen. Unsere **Anstecker, Aufkleber und Fahnen** eignen sich hervorragend für Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Du kannst sie käuflich erwerben und dadurch auch die Arbeit des Vereins unterstützen.

MACH‘ MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193
Fax: 0211 / 43 01-134

info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand